

Stenographisches Protokoll.

10. Sitzung der V. Session der V. Wahlperiode des Landtages von Niederösterreich.

Mittwoch, den 3. Februar 1954.

Inhalt.

1. Eröffnung durch Präsident Saßmann (Seite 335).
2. Abwesenheitsanzeigen (Seite 335).
3. Mitteilung des Einlaufes (Seite 335).
4. Verhandlung:

Antrag des Verfassungsausschusses, betreffend die Erhebung der Ortsgemeinde Bad Vöslau, Verwaltungsbezirk Baden, zur Stadtgemeinde. Berichterstatter Abg. Staffa (Seite 336); Abstimmung (Seite 337).

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Endl, Hainisch, Ing. Hirman, Hilgarth, Ernecker, Etlinger und Genossen, betreffend das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in Niederösterreich und Maßnahmen zur Bekämpfung derselben, durch Landeshauptmann Steinböck (Seite 337). Redner: Abg. Endl (Seite 339), Abg. Wenger (Seite 344), Abg. Dubovsky (Seite 348), Präsident Saßmann (Seite 353), Abg. Hainisch (Seite 354), Abg. Nimetz (Seite 355), Abg. Ernecker (Seite 356), Abgeordneter Stangler (Seite 359), Abg. Hilgarth (Seite 362), Abg. Wondrak (Seite 365), Abg. Ing. Hirman (Seite 369); Abstimmung (Seite 371).

PRÄSIDENT SASSMANN (um 15 Uhr 6 Minuten): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt; es ist unbeantwortet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt die Herren Abgeordneten A n d e r l, P o s p i s c h i l und Landesrat G e n n e r.

Ich ersuche um Mitteilung des Einlaufes.

SCHRIFTFÜHRER (liest): Auslieferungsbegehren des Bezirksgerichtes Tulln, Abteilung 2, Zahl U 1266/53, vom 18. Jänner 1954, betreffend Landtagsabgeordneten Edmund Hainisch wegen Übertretung der §§ 431 und 312, Strafgesetz.

Vorlage der Landesregierung, Landesamt II/2, betreffend Gemeindeverband und Bezirksverwaltungsbehörde Amstetten, Bericht des Rechnungshofes über Gebarungsprüfung 1951 und 1952.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zu den zwei eingelangten Anfragen hat sich Herr Abgeordneter E n d l zur Geschäftsordnung zum Wort gemeldet.

Abg. ENDL: Ich ersuche den Präsidenten des Hohen Hauses, die beiden Anfragen zur Verlesung bringen zu lassen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Sie haben den Antrag gehört. (Nach Abstimmung): A n g e n o m m e n.

Ich ersuche den Herrn Schriftführer, die beiden Anfragen an den Herrn Landeshauptmann zur Verlesung zu bringen.

SCHRIFTFÜHRER (liest):

Anfrage der Abgeordneten Präsident Endl, Hainisch, Ing. Hirman, Hilgarth, Ernecker, Etlinger und Genossen an den Herrn Landeshauptmann, betreffend das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in Niederösterreich und Maßnahmen zur Bekämpfung derselben.

Die Öffentlichkeit wurde durch die in den letzten Wochen wiederholt erfolgten Presseberichte und durch Beschlüsse von Körperschaften, welche die Arbeitslosigkeit in Niederösterreich zum Gegenstand hatten, beunruhigt und der Anschein erweckt, als wäre seitens der Landesregierung keine entsprechende Vorsorge getroffen worden, um diesem Übel entgegenzuwirken. Die hierbei aufgestellten Behauptungen gehen sogar so weit, der Mehrheitspartei Niederösterreichs anzulasten, sie verhindere die Arbeitsbeschaffung und bezwecke geradezu die Arbeitslosigkeit. Diese Berichte widersprechen den Beschlüssen des niederösterreichischen Landtages, betreffend das Nachtragsbudgets 1953, das Budget 1954, und dem Beschluß über das Sonderbauprogramm für Flußregulierungen, die tatsächliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit treffen. Besonders deutlich zeigt sich das bei der Behauptung, das Sonderbauprogramm für Flußregulierungen wäre von ursprünglich 60 Millionen Schilling auf 16 Millionen Schilling gekürzt worden. Diese Berichte und Beschlüsse entbehren alle aber einer seriösen Argumentation und gehen vielfach von nicht zutreffenden Unterlagen, vor allem Zahlen, aus.

Die Abgeordneten der ÖVP sehen sich daher veranlaßt, an den Herrn Landeshauptmann durch die gefertigten Abgeordneten folgende Anfragen zu richten:

1. Wie hoch ist den Aufzeichnungen der zuständigen Stellen zufolge der Stand der Beschäftigten und der Arbeitslosen in Niederösterreich?
2. Ist es richtig, daß seitens der Landesregierung nichts unternommen wurde, um der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken?
3. Ist es wahr, daß das mit 60 Millionen Schilling dotierte Sonderbauprogramm für Flußregulierungen auf 16 Millionen Schilling gekürzt wurde?

Anfrage der Abgeordneten Hilgarth, Stangler, Prof. Zach, Müllner, Reitzl, Marchsteiner und Genossen an den Herrn Landeshauptmann, betreffend eine Pressemeldung der „Arbeiter-Zeitung“ vom 27. Jänner 1954 unter dem Titel „Keine Ausnahme für Herrn Naderer!“ Ein Strafverfahren gegen den ÖVP-Vizepräsidenten des niederösterreichischen Landesschulrates.

In der „Arbeiter-Zeitung“ vom 27. Jänner 1954 wurde in dem oben bezeichneten Artikel behauptet, der geschäftsführende zweite Präsident des Landesschulrates für Niederösterreich hätte sich des Verbrechens des Mißbrauches der Amtsgewalt schuldig gemacht. Erklärend wurde beigefügt, daß die Lehrerin Margarete Müller aus Ebersdorf, Bezirk Melk, im Jahre 1949 gegen ihre Vorgesetzten, einen Oberlehrer und den zuständigen Bezirksschulinspektor, eine Ehrenbeleidigungsklage beim Bezirksgericht Melk eingebracht hat, andererseits aber in Disziplinaruntersuchung gezogen wurde. Vor Beendigung des Ehrenbeleidigungs- und Disziplinarverfahrens verstarb sie im Krankenhaus St. Pölten am 19. März 1950. Der Gatte der Verstorbenen, Heinrich Müller, stellte nun beim Landesschulrat für Niederösterreich das Begehren um rasche Flüssigmachung des Todesfallbeitrages und restlose Nachzahlung von zu Unrecht vorbehaltenen Bezügen. Anläßlich einer Vorsprache bei Vizepräsident Richard Naderer soll dieser ihm folgende Erklärung abgegeben haben:

„Solange Sie gegen den Bezirksschulinspektor die Klage führen, werde ich keine Weisung wegen der Nachzahlung geben. Ebenso unterbleibt die Auszahlung des Todesfallbeitrages.“

An diese Schilderung knüpft dieser Bericht, zumal tatsächlich die Auszahlung der geforderten Beträge erst elf Monate später nach dem gestellten Ansuchen erfolgte, den zwingenden Schluß, daß Vizepräsident Richard Naderer sich des Mißbrauches der Amtsgewalt schuldig gemacht hat. Weiter wurde unter dem Motiv „Für Herrn Naderer darf es keine Ausnahme geben“ die Forderung erhoben, Vize-

präsident Naderer sofort außer Dienst zu stellen.

Da derartige Verdachtsmomente geeignet sind, das Ansehen der Behörde schwer zu schädigen und das Vertrauen der Bevölkerung zu untergraben, sehen sich die gefertigten Abgeordneten zwecks unverzüglicher Aufklärung des Sachverhalts veranlaßt, an den Herrn Landeshauptmann die Anfrage zu richten:

Hat der Herr Landeshauptmann von einer Anklage gegen Vizepräsident Richard Naderer amtlich Kenntnis erlangt, von wem wurde eine Anzeige erstattet und welches Ergebnis hat das angebliche Verfahren gezeitigt?

PRÄSIDENT SASSMANN: Beide Anfragen werden dem Herrn Landeshauptmann zugewiesen. Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer um Mitteilung der eingelangten Anträge.

SCHRIFTFÜHRER (*liest*):

Antrag der Abgeordneten Dr. Haberzettl, Kuchner, Bachinger, Mitterhauser, Prof. Zach, Fehringner und Genossen, betreffend die Verhinderung des Verfalles des Althausbestandes.

Antrag der Abgeordneten Wondrak, Doktor Steingötter, Staffa, Wenger, Zettel, Tatzber und Genossen, betreffend Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für die Durchführung der Landtagswahlen 1954.

PRÄSIDENT SASSMANN (*nach Zuweisung des Einlaufes an die zuständigen Ausschüsse*): Wir gelangen zur Beratung der Tagesordnung. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Staffa, die Verhandlung zur Zahl 462 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. STAFFA: Hoher Landtag! Ich habe namens des Verfassungsausschusses über die Vorlage der Landesregierung, betreffend die Erhebung der Ortsgemeinde Bad Vöslau, Verwaltungsbezirk Baden, zur Stadtgemeinde, zu berichten. Der Ort Vöslau ist bereits im 12. und 13. Jahrhundert erstmalig in Archivaufzeichnungen des Stiftes Heiligenkreuz nachgewiesen. Im Verlauf seiner weiteren geschichtlichen Entwicklung war der Ort bis 1848 der Herrschaft Vöslau untertan; erst im Jahre 1855 scheint Vöslau als selbständige Ortsgemeinde auf. Die wirtschaftliche Entwicklung des als Gassengruppendorf anzusprechenden Ortes geht Hand in Hand mit dieser geschichtlichen, und erst die freie Gemeinde Vöslau zeigt vom Jahre 1854 (79 Häuser mit 826 Einwohnern) bis heute (zirka 1000 Häuser mit rund

5400 Einwohnern) eine fast sprunghafte Entwicklung.

Während Vöslau bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts vorwiegend als Weinbaugemeinde anzusprechen war, brachte der Bau der Südbahn dem Ort auch eine bemerkenswerte industrielle Entwicklung durch drei Fabrikbetriebe, worunter sich schon 1833 die bekannte Vöslauer Kammgarnfabrik befand, die heute fast 3000 Arbeiter beschäftigt und das finanzielle Rückgrat der Gemeinde bildet.

Neben dieser erfreulichen industriellen Entwicklung genießen die Vöslauer Rotweine Weltruf. Dazu kam noch, durch die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, daß Vöslau bereits vor dem ersten Weltkrieg zu einer der beliebtesten Sommerfrischen in der Umgebung Wiens zählte, und daß seine Heilquellen die Errichtung eines weit über den Grenzen Österreichs hinaus bekannten warmen Strandbades sowie den Verkauf eines medizinisch empfohlenen Medizinalwassers ermöglichten. Aber auch nach 1945 entwickelte sich der Badekurort Vöslau trotz anfänglicher Schwierigkeiten als bedeutender Fremdenverkehrsort, und bereits im Jahre 1952 wies Bad Vöslau wieder eine Nächtigungsziffer von 8609 auf.

Der Kurort Vöslau stellt sohin eine glückliche Verbindung zwischen einer Industriestadt, einer Weinbaugemeinde und einem Kurort dar. Die mustergültig arbeitende Gemeindeverwaltung unter Leitung ihres energischen und zielbewußten Bürgermeisters weiß die der Gemeinde zur Verfügung stehenden Möglichkeiten entsprechend zu verwerten und errichtete in den letzten drei Jahren eine den ganzen Ort umfassende und mit allen modernen Errungenschaften ausgestattete Kanalisation. Vöslau besitzt bereits seit dem Jahre 1929 eine moderne Wasserleitung und ist seit einigen Jahren der Sitz des Wasserleitungsverbandes der Triestingtal- und Südbahngemeinden, zu dessen Gründern es zählt.

Der Gemeinderat von Bad. Vöslau faßte daher in seiner Sitzung am 12. Juni 1953 den einstimmigen Beschluß, beim Landtag von Niederösterreich den Antrag auf Erhebung der Ortsgemeinde Bad Vöslau zur Stadtgemeinde zu stellen.

Die Bezirkshauptmannschaft Baden sowie alle anderen in Betracht kommenden Behörden und Ämter erheben gegen die Stadterhebung keine Einwendungen.

Das Landesarchiv für Niederösterreich beschreibet das seit dem 19. Jahrhundert in Gebrauch stehende Gemeindegewappen, das nunmehr der neuen Stadt als Stadtwappen verliehen werden soll, wie folgt: „In einem

blauen Schild auf grünem Rasen eine naturfarbene Eiche (Stamm braun, Laubkrone grün), aus deren Stamm rechts ein Aststumpf hervorragt; links an den Baumstamm gelehnt ein goldenes Faß mit sechs schwarzen Reifen“, und begrüßt gleichfalls die Stadterhebung.

Ich erlaube mir daher im Namen des Verfassungsausschusses folgenden Antrag zu stellen (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Die Erhebung der Ortsgemeinde Bad Vöslau im Verwaltungsbezirk Baden zur Stadt wird gemäß § 2 des Gesetzes vom 17. Juni 1926, LGBl. Nr. 145, genehmigt.

2. Die Landesregierung wird beauftragt, wegen Durchführung dieses Landtagsbeschlusses das Erforderliche zu veranlassen.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

PRÄSIDENT SASSMANN: Es liegt keine Wortmeldung vor, wir kommen zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung*): A n g e n o m m e n.

Zum Wort hat sich der Herr Landeshaup t m a n n gemeldet. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmann STEINBÖCK: Hohes Haus! Zu der Anfrage der Abgeordneten Endl, Hainisch, Ing. Hirmann, Hilgarth, Ernecker, Etlinger und Genossen, betreffend das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in Niederösterreich und Maßnahmen zur Bekämpfung derselben, gestatte ich mir dem Hohen Hause folgendes mitzuteilen:

Zu Punkt 1 dieser Anfrage: Wie hoch ist den Aufzeichnungen der zuständigen Stellen zufolge der Stand der Beschäftigten und der Arbeitslosen in Niederösterreich?

Auf Grund von Berichten der Arbeitsämter kann ich hinsichtlich des Ausmaßes der Beschäftigten und der Arbeitslosigkeit in Niederösterreich folgendes sagen: Die Zahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt 1953 betrug 279.000. Im Dezember desselben Jahres war jedoch der Beschäftigtenstand gegenüber Dezember 1952 um 6800 gestiegen. Für Jänner 1954 steht jedoch die Zahl der Beschäftigten noch nicht zur Verfügung. Demgegenüber war die Zahl der Arbeitslosen im Verhältnis zum Dezember 1952 nur um 1751 geringer, obwohl, wie bereits erwähnt, die Zahl der Beschäftigten wesentlich gestiegen war. Mit anderen Worten heißt dies, daß es möglich war, eine beachtliche Zahl von Menschen in den Arbeitsprozeß neu einzugliedern. Die Erhöhung des Beschäftigtenstandes um 6800 ist demnach bei der Beurteilung der Arbeits-

losigkeit, um sich ein objektives Bild zu verschaffen, unbedingt zu berücksichtigen. Die Ursachen der Steigerung der Beschäftigtenzahl, die jährlich zirka 3000 bis 5000 beträgt, ergibt sich aus dem Einschalten jugendlicher Personen als auch Familienversorger und nicht zuletzt auch von Personen aus der Landwirtschaft in den Arbeitsprozeß. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitsuchenden betrug am 31. Jänner 1954 52.700, dagegen am 31. Jänner 1953 48.200. Somit ist eine Steigerung der Zahl der Arbeitslosen um 4500 zu verzeichnen. Wenn man nun dieser Zahl den bereits erwähnten Zuwachs an Beschäftigten von 6800 gegenüberstellt, so ergibt sich, daß der Beschäftigtenstand nicht nur gleichgeblieben ist, sondern sich um einiges erhöht hat.

Nicht mitberücksichtigt sind bei dieser Arbeitslosenziffer die 6984 vorgemerkten Arbeitsuchenden der Randgemeinden, da sie der wirtschaftlichen Einflußsphäre des Landes Niederösterreich nicht direkt unterstehen; jedoch liegt uns ihr wirtschaftliches Wohl sehr am Herzen. Zu berücksichtigen ist nun auch, daß manche Wirtschaftszweige stark konjunkturabhängig, z. B. Textil- und Metallbetriebe, hingegen Bauwirtschaft und Außenarbeiten stark witterungsabhängig sind.

Zu Punkt 2 der Anfrage: Ist es richtig, daß seitens der Landesregierung nichts unternommen wurde, um der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken?

Im Gegenteil, die niederösterreichische Landesregierung hat zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere während der Monate Jänner, Februar und März, ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm entwickelt, welches drei Gruppen von Bauten umfaßt:

1. Fortführung laufender, bereits im letzten Quartal des Vorjahres begonnener Arbeiten.
2. Bauten aus dem Nachtragskredit.
3. Zusätzliche Bauten, welche bei Eintritt besserer Witterungsverhältnisse begonnen werden können.

Die laufenden Bauvorhaben, aus dem ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag gedeckt, umfassen für den Hochbau, einschließlich Gemeindehochbauten und Schulen, 457 Bauvorhaben. Der Straßenbau weist in diesem Rahmen für Landes- und Bundesstraßen sowie für Konkurrenzstraßen und für den Brückenbau 88 Bauvorhaben auf. Der allgemeine und kulturtechnische Wasserbau hat 120 Baustellen im Betrieb. Der Maschinenbau und die Elektrotechnik melden, im Zusammenhang mit größeren Hochbauten, 135 kleinere Baustellen. An Güterwegbauten und an Bauten der Wildbachverbauung sind zusammen

54 gemeldet. Zusammenfassend daher 925 Bauvorhaben mit 6060 beschäftigten Arbeitskräften. Leider mußten verschiedene Bauvorhaben durch die Strenge des Mitte Jänner einsetzenden Winters mit Rücksicht auf die dort Beschäftigten eingestellt werden.

Die Bauten aus dem Nachtragskredit beziehungsweise aus den Mitteln der Überschreibungsbewilligungen umfassen für den Hochbau und die Elektrotechnik zusammen zehn Bauvorhaben, für den Straßenbau 25 Bauvorhaben und für den kulturtechnischen Wasserbau 52 Bauvorhaben; weiter 48 Baustellen der Güterwege und gemeinsame Anlagen der Agrarbezirksbehörde. Die Summierung dieses Arbeitskomplexes ergibt 135 Baustellen mit 1380 beschäftigten Arbeitskräften. Wegen der Fortführung gewisser Bauvorhaben während der strengen Kälte seit Mitte Jänner 1954 gelten ähnliche Überlegungen wie bei den laufenden Bauten. Die laufenden Bauvorhaben und die Bauvorhaben aus den Mitteln des Nachtragskredites beziehungsweise der Überschreibungsbewilligungen ergeben 1000 Bauvorhaben mit 7000 beschäftigten Arbeitskräften. Auf Grund der eingelangten Meldungen sind 433 Bauvorhaben mit 2556 Arbeitskräften im Laufen. In finanzieller Hinsicht stehen bei dem für die Beschäftigung von Arbeitskräften besonders in die Waagschale fallenden Straßenbau aus Voranschlagsansätzen des ordentlichen und außerordentlichen Voranschlages zusammen 6,25 Millionen Schilling zur Verfügung. Außerdem bringt es der harte Winter mit sich, daß aus dem normalen Budget für die Ausgaben des Winterdienstes rund 2 Millionen Schilling vorgesehen sind.

Außerdem werden für Bundesstraßen aus dem Nachtragskredit 1953 und aus dem normalen Budget 1954 unter der Annahme, daß das Wetter eine Wiederaufnahme der Arbeiten gestattet, 19 Baulose mit einem Gesamtaufwand von rund 4 Millionen Schilling eröffnet werden. Demgegenüber können aus dem für Landesstraßen bewilligten Kredit von 4,4 Millionen Schilling 32 Baulose eröffnet werden. Jedenfalls ist beabsichtigt, im ersten Vierteljahr 1954 die im Winter begonnenen Arbeiten weiterzuführen und auch abzuschließen. Über diesen Rahmen hinaus werden bereits 41 Baulose baureif gemacht und ausgeschrieben werden. Die Vergebung wird zeitgerecht erfolgen. Der für diese Baulose aufgewendete Betrag beläuft sich auf 2 Millionen Schilling.

Weiter ist zu erwähnen, daß die notwendigen Vorbereitungen im Rahmen des 60-Millionen-Programmes bereits eingeleitet und die Projekterstellungen zum größten Teil fertig

sind. Im Wasserbau ist es möglich, nach Maßgabe der Witterungsverhältnisse gewisse Bauarbeiten auch über den Winter durchzuziehen. In diesem Rahmen wäre zu erwähnen: Die Fischaregulierung in Wiener Neustadt, die Gmoßbachregulierung in Wullersdorf, die Gölsenregulierung in St. Veit, die Göttlesbrunnergrabenregulierung in Göttlesbrunn, die Nachdammarbeiten in Stillfried, die Mauerbachregulierung in Mauerbach, die Melkregulierung zweite Baustrecke, die Michelbachregulierung in Böheimkirchen, die Perschlingregulierung in Perersdorf-Fahra, die Pielachregulierung in Klagen und Kirchberg, die Poysbachregulierung in Walterskirchen, die Pulkauregulierung, die Reisenbachregulierung in Reisenberg, die Schmidaregulierung in Perzendorf-Absdorf, die Schwechatregulierung in Baden, die Schildbachregulierung in Schiltern, die Triestingregulierung in Leobersdorf, die Wiesenbachregulierung in Wiesenfeld, die Ybbsregulierung in Euratsfeld-Truckenstetten und die Lewingbachregulierung in Amstetten.

Für die kulturtechnischen Wasserbauten stehen für Ent- und Bewässerungsanlagen aus Sonderkrediten und aus verfügbaren Bundesbeiträgen an gesamten Förderungsmitteln bis Ende März 1954 rund 7,5 Millionen Schilling zur Verfügung. Dies entspricht einer Baukostensumme von 10 Millionen Schilling.

Bei voller Ausschöpfung des Restkredites 1953 können kulturtechnische Wasserbauten bis Ende März 1954 mit einem Aufwand von 16 Millionen Schilling durchgeführt werden.

Die aus Landes- und Bundesmitteln bedeckten Hochbauarbeiten umfassen einen finanziellen Aufwand von 2 Millionen Schilling.

Daraus ist eindeutig zu ersehen, daß die niederösterreichische Landesregierung und die unterstellten technischen Referate durch Planung und vorausschauende Tätigkeit hinsichtlich der Finanzierung, Projektierung und Ausschreibung der in Betracht kommenden Arbeiten alles getan haben, um die Winterarbeitslosigkeit im ersten Quartal 1954 einzuschränken.

Wenn auch durch den Eintritt der großen Kälte gewisse Bauvorhaben eingestellt werden mußten, so steht fest, daß mit Eintritt besserer Witterungsverhältnisse die Arbeit in vollem Umfang wiederaufgenommen werden kann.

Zusammenfassend stelle ich noch abschließend fest, daß für die Arbeitsbeschaffung durch das Nachtragsbudget 1953, den Voranschlag für das Jahr 1954 und durch das Sonderbauprogramm für Flußregulierungen insgesamt 233 Millionen Schilling zum Einsatz gebracht sind.

Zu Punkt 3 der Anfrage: Ist es wahr, daß das mit 60 Millionen Schilling dotierte Sonderbauprogramm für Flußregulierungen auf 16 Millionen Schilling gekürzt wurde?

Es ist unwahr, wenn behauptet wird, das mit 60 Millionen Schilling dotierte Sonderbauprogramm für Flußregulierungen wäre auf 16 Millionen Schilling gekürzt worden, da der gesamte Betrag sichergestellt ist und Kürzungen weder bisher vorgenommen noch in Zukunft beabsichtigt sind. Der Landtag hat vielmehr dieses Sonderbauprogramm in seiner 4. Sitzung vom 12. November 1953 für vier Jahre beschlossen. Demnach sind die als gekürzter Betrag genannten 16 Millionen Schilling die erste für 1954 flüssige Teilquote, für die Jahre 1955 sind 18 Millionen Schilling, 1956 16 Millionen Schilling und 1957/58 10 Millionen Schilling vorgesehen.

Hierzu wäre noch zu bemerken, daß teilweise die Arbeiten begonnen haben, jedoch auch zu einem Teil wieder der ungünstigen Witterung wegen eingestellt werden mußten. So z. B. hat die Firma Industrie-Bau-AG. Baden bei der Schmidaregulierung Perzendorf-Absdorf die Arbeit eingestellt, weil zwei Bagger durch den strengen Frost Schäden erlitten haben. Alle übrigen ausgearbeiteten Projekte können ehestens, vor allem nach Aufhören der übermäßigen Kälte, in Angriff genommen werden. Die hierfür notwendigen Vorarbeiten sind zur Gänze beendet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zur Geschäftsordnung liegen zwei Wortmeldungen vor, und zwar von den Herren Abg. Endl und Staffa. Ich erteile zuerst Herrn Abg. Endl das Wort.

Abg. ENDL: Ich ersuche den Herrn Präsidenten des Hohen Hauses, über die Antwort unseres verehrten Herrn Landeshauptmannes die Debatte zu eröffnen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Sie haben den Antrag des Abg. Endl gehört. Ich bringe denselben zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung):* A n g e n o m m e n.

Ich erteile nun Herrn Abg. Staffa das Wort.

Abg. STAFFA: Ich verzichte.

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich eröffne die Debatte und erteile Herrn Abg. Endl das Wort.

Abg. ENDL: Hohes Haus! Wir haben von unserem verehrten Herrn Landeshauptmann soeben einen objektiven und tiefeschürfenden Bericht gehört. Ich glaube, alle, die hier an-

wesend sind, sind von den Zahlen der Arbeitslosigkeit in unserem Heimatlande beeindruckt. Wir müssen aber trotzdem, wenn wir diese Ziffern ganz genau zergliedern, feststellen, daß durch verschiedene Maßnahmen der Mehrheitspartei, und, wie in den sozialistischen Blättern verzeichnet war, der „vier Paschas“ der niederösterreichischen Landesregierung, seit dem Jahre 1952/53 bis zum Jahre 1954 eine vorausschauende und planende Arbeit geleistet wurde, daß aber auch, was so viele nicht hören wollen, für diese Arbeiten, die geplant wurden, auch rechtzeitig die Mittel bereitgestellt waren.

Der Herr Landeshauptmann führte aus, daß der Beschäftigtenstand im Jahresdurchschnitt 1953 279.000 ergab. Im Dezember 1953 war die Beschäftigtenzahl daher gegenüber dem Jahre 1952 um 6800 gestiegen. Das ist die Wahrheit. Aus verschiedenen Umständen — es würde zu weit führen, sie alle aufzuzeigen — ist dies eben eingetreten. Leider hatten der Frost und der strenge Winter viele Arbeitskräfte zur Ruhe gezwungen, die sonst auf Grund der vorausschauenden Planung doch in Arbeit stehen könnten. Ich will dem Landtag nicht verhehlen, wie sich diese objektiven Ziffern auswirken. Man liest nämlich in verschiedenen Blättern Zahlen über die Arbeitslosigkeit in Niederösterreich, die überhaupt nicht stichhaltig sind. Es sind Zahlen einmal mit den Randgebieten, einmal ohne Randgebiete. Wir wollen uns hier ganz aufrichtig aussprechen und alles genau aufzeigen. Ich las in der „Arbeiter-Zeitung“ sogar einmal eine Ziffer von 65.000; ich nehme allerdings an, daß sie verdruckt war, es sollte 56.000 heißen. An einem anderen Tag waren es 56.000. Tatsache ist, daß wir in Niederösterreich ohne Randgebiete derzeit nach den offiziellen Meldungen 52.724 Arbeitslose haben. Die Wiener Randgebiete respektive die niederösterreichischen Randgebiete verzeichnen 6984 Arbeitslose, zusammen also 59.708.

Ich möchte nun diese Ziffern nach den Berufsgruppen aufschlüsseln, weil das hochinteressant ist.

Bauberufe: Sie wissen, daß das ganz besonders Saisonarbeiter sind, bei denen alljährlich — das ist nicht erst jetzt im Jahre 1953 auf 1954 der Fall — die Arbeitslosenziffern anschwellen. Gegenüber dem 31. Jänner 1953, wo 20.394 Arbeitsuchende zu verzeichnen waren, ist die Zahl auf 21.961 gestiegen, also eine Steigerung um 1567. Der Stand der Beschäftigten aber war im Dezember 1952 16.421, demnach um 1339 günstiger als im Vorjahr. Also die Maßnahmen vom Budget 1952 und 1953 als auch noch des Nachtrags-

budgets, insbesondere von 1953, wirken sich hier aus, so daß trotz der Zunahme der Arbeitslosen mehr Beschäftigte zu verzeichnen waren.

Metallarbeiter: Bei den Metallarbeitern haben wir eine Steigerung um 473 zu verzeichnen. Der Stand der Beschäftigten ist hier etwas geringer, jedoch kaum merklich.

Holzarbeiter: Bei den Holzarbeitern ist eine Steigerung um 233 zu verzeichnen. Der Beschäftigtenstand im Dezember 1953 ist höher als im Vorjahr, trotz dem Stand an Arbeitslosen per 31. Jänner 1954 von 2704.

Textilberufe: Darauf möchte ich ganz besonders hinweisen. In der Textilindustrie haben wir verschiedene Schwankungen festzustellen gehabt. Und nun sehen wir, daß sogar eine Verminderung um 82 zu verzeichnen ist. Der Stand der Beschäftigten im Jänner 1954 ist gegenüber dem Vorjahre um 163 höher.

Hilfsarbeiter: Bei den Hilfsarbeitern haben wir eine Steigerung um 296 festzustellen.

Man kann natürlich die Arbeitslosenziffern demagogisch in verschiedenen Formen auswerten. Aber das ist die Tatsache, das ist die Wirklichkeit, wie sie aus dem Bericht des Herrn Landeshauptmannes hervorgeht.

Ich möchte aber auch dem Hohen Hause und darüber hinaus der niederösterreichischen Bevölkerung kundgeben, welche Maßnahmen von unseren verantwortlichen Herren der Landesregierung gesetzt wurden:

1. Im Nachtragsbudget des Landes Niederösterreich für das Jahr 1953 enthaltene Kredite, in Millionen Schilling, welche der Arbeitsbeschaffung dienen: Hochbau 5,1, Straßenbau 17,5, Wasserbau 1,7, Wasserversorgungen 0,3, Kanalisationen 0,3, Meliorationen 4,5, Wohnungsbau 15, Elektroversorgung 1,4, Güterwege 3,4, Sonstiges 0,5.

Zum Wohnungsbau möchte ich bemerken, daß dieser Betrag allein nur im Nachtragsbudget enthalten ist. Sie wissen ja, daß wir im ordentlichen Budget 35 Millionen Schilling festgelegt hatten, und es gibt in ganz Österreich kein Bundesland, das für die Wohnbauförderung so hohe Summen bereitgestellt hat wie Niederösterreich. Wir wissen, daß das eine arbeitsintensive Tätigkeit ist, und wir wissen, daß hier sehr viele Hände am Werk sein können, und daß die große Wohnungsnot für den kleinen Mann von Jahr zu Jahr verbessert wird. Auch heuer haben wir im ordentlichen Voranschlag 30 Millionen Schilling dafür vorgesehen.

Im Nachtragsbudget des Landes Niederösterreich für das Jahr 1953 sind somit

49,7 Millionen Schilling enthalten, welche der Arbeitsbeschaffung dienen.

2. Im Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1954 enthaltene Kredite, die der Arbeitsbeschaffung dienen: Hochbau 26,6 und Straßenbau 68,9 Millionen Schilling.

Es soll in der Landesgeschichte Niederösterreichs zurückgeblättert werden, ob jemals solche Summen für den Straßenbau vom Lande zur Verfügung gestellt wurden.

Wasserbau 11,1, Wasserversorgungen 6,3, Kanalisationen 2,7, Meliorationen 9,3, Wohnungsbau 30,5, Elektroversorgung 5,8, Güterwege 2,5 und Sonstiges 3,9 Millionen Schilling, zusammen daher 167,6 Millionen Schilling.

3. Kredite aus dem Sonderbauprogramm für Flußregulierungen: Erste Teilquote für 1954 16 Millionen Schilling.

Die Endsumme ergibt also 233,3 Millionen Schilling.

Niemals wurden solche Summen bereitgestellt, dabei kann das Programm noch erweitert werden. Unsere Sprecher werden auch heute hier noch das Wort nehmen, um der niederösterreichischen Bevölkerung aufzuzeigen, wo die Wahrheit liegt. Wir möchten ganz entschieden allen anderen demagogischen Vorwürfen uns gegenüber entgegenreten. Ich habe hier die „Arbeiter-Zeitung“ mit dem Artikel „Protest der niederösterreichischen Arbeiterkammer“. Es ist richtig, die niederösterreichische Arbeiterkammer ist eine Institution der arbeitenden Menschen in unserem Lande, und ebenso wie der Gewerkschaftsbund eine überparteiliche Organisation. Diese beiden berufenen Interessenvertretungen haben sich an einem Donnerstag zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengefunden, um über die Arbeitslosigkeit in Niederösterreich zu beraten. Wir haben im Vorstand der Arbeiterkammer unseren Kollegen Cipin aus Wiener Neustadt sitzen. Bei dieser Sitzung wurde von der Sozialistischen Fraktion eine Resolution verhandelt und auch beschlossen. Auch unsere Fraktion hat diesem Forum, also dem Vorstand der Arbeiterkammer Niederösterreichs und dem Vorstand der Landesexekutive der Gewerkschaft Niederösterreichs eine Resolution überreicht. Man hat sich diese Resolution wirklich zu Gemüte geführt, das möchte ich nicht abstreiten, man hat aber diese Resolution der Minderheit nicht zur Abstimmung gebracht. Wir haben schon öfter feststellen müssen, daß Sie (*zur Seite der Sozialisten gewendet*) darauf aus sind, wenn von uns irgendwo, wo wir in der Minderheit sind, Anträge eingereicht werden, diese Anträge einfach zu

negieren. Was würden Sie sagen, wenn Sie hier im Hohen Landtag einen Antrag stellen und der Präsident des Hauses würde ihn negieren? Der Landeshauptmannstellvertreter Popp würde sofort die Geschäftsordnung zur Hand nehmen und würde sagen: Herr Präsident, da steht das und das. Nun, die Gepflogenheiten der Demokratie sind derart, daß eben auch die Minderheit zu Wort kommen soll. Ich weiß nicht, ob das auch in der Geschäftsordnung der Arbeiterkammer oder bei der Gewerkschaftsexekutive verankert ist. Ich möchte aber dem Hohen Hause die Resolution, die wir damals überreichten, und die nicht zur Abstimmung kam, nicht vorenthalten. Sie lautet (*liest*):

„Punkt 1: Die zum Ausbau des großen Donaukraftwerkes Ybbs-Persenbeug erforderlichen Kapitalien sind ehestens sicherzustellen. In diesem Zusammenhang weist die Kammer auf die Notwendigkeit einer 50prozentigen Beteiligung seitens des Landes Niederösterreich hin, um die Sicherstellung der erforderlichen Gelder eher zu gewährleisten.“

Es wird noch ein Kollege über die Angelegenheit Ybbs-Persenbeug sprechen.

„Punkt 2: Der für die Aufteilung der Mittel des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds festgesetzte Prozentsatz zur Förderung des Wohnbaues in Niederösterreich wäre seitens des Bundesministeriums für soziale Verwaltung zu erhöhen. Diese geforderte Maßnahme ist in Anbetracht der Bedürftigkeit des Landes vollauf gerechtfertigt.“

Auch hier kündige ich Ihnen an, daß ein Kollege noch darüber sprechen wird.

„Punkt 3: Bei der Verteilung der Ertragsanteile für die niederösterreichischen Gemeinden ist in Hinkunft gerechterweise die gesamte Landbevölkerungszahl zu berücksichtigen. Nach dem bisher angewandten Schlüssel ist für das Land Niederösterreich ein Minderertrag von zirka 60 Millionen Schilling zu verzeichnen. Weiter wäre das Land Niederösterreich unter Bedachtnahme der besonderen Umstände — Fehlen der Landeshauptstadt, Folgen der Kriegs- und Nachkriegsereignisse — bei den künftigen Finanzausgleichsverhandlungen besonders bevorzugt zu berücksichtigen.“

Es wäre notwendig, daß sich unsere Kollegen in der Landesregierung, hier insbesondere der Herr Landesrat Stika, bei der Städteverwaltung einschalten und das Land Niederösterreich entsprechend verteidigen.

„Punkt 4: Die Produktion der verstaatlichten Betriebe wäre zu einem Teil in die in Niederösterreich seßhaften Betriebe zu verlegen, um so eine Schädigung dieser zu ver-

hindern. In diesem Zusammenhang wird festgestellt, daß insbesondere bei der Firma Schoeller & Bleckmann nicht mehr die Aufträge so einlangen, wie es früher der Fall war. Es sei daher von geplanten Verlagerungen von Betrieben oder Teilwerkstätten von Niederösterreich in andere Bundesländer Abstand zu nehmen.“

Das ist unsere Resolution gewesen. Die hat man nicht zur Abstimmung gebracht, man hat sie negiert. Was hat nun dieses Negieren unserer Resolution, die vom Kollegen Cipin vorgebracht wurde, ausgelöst? Daß wir unter Führung unseres Kollegen Dengler, der der Vorsitzende unserer christlichen Gewerkschaftsfraktion in Niederösterreich und der Arbeiterkammerfraktion ist, zum Bundeskanzler gingen und ihm dieses Forderungsprogramm überreichten. Daraufhin war in den sozialistischen Blättern eine große Aufregung, weil wir uns erlaubten, zum Kanzler zu gehen. Nun, meine lieben Freunde, nicht Sie allein haben die Vertretung der Arbeiterschaft Niederösterreichs gepachtet, und glauben Sie mir, die christlichen Gewerkschaften und ihre Vertreter werden Sie nicht zur Seite schieben können, sondern arbeiten wir in diesen überparteilichen Institutionen zum Wohle der gesamten niederösterreichischen Arbeiterschaft ohne Demagogie zusammen. Ich habe durch langjährige Tätigkeit in der Sozialversicherung bewiesen, daß ich auch mit den Sozialisten verständnisvoll zusammengearbeitet habe, wenn sie keine Demagogie betrieben haben und wenn es für die Allgemeinheit galt. Auch Kollege Dengler und viele andere Vertreter unserer Organisationen haben diese Einstellung bewiesen. Wir können es daher nicht hinnehmen, daß wir hier in irgendeiner Form niedergetreten werden. Wir stellen aber auch in den Bezirksorganisationen der Exekutive des Gewerkschaftsbundes fest, daß unsere Vertreter dort nicht zu ihrem Recht kommen, weil sie in der Minderheit sind.

Es hat dann noch eine weitere Angelegenheit gegeben. Mir wurde da in den letzten Tagen ein Brief zugesandt, in welchem Kollege Horr als Gewerkschaftssekretär der Bau- und Holzarbeiter Niederösterreichs sich bemüßigt gefühlt hat, einen Betrieb zu bezichtigen, daß er Verlagerungen nach dem Westen durchgeführt hätte. Da dieser Betrieb gerade in meiner Heimatstadt, in meiner Geburtsstadt, liegt, möchte ich diesen Brief hier verlesen. Er enthält eine Niederschrift über eine Versammlung des Betriebsrates des Sperrholzwerkes August Sachseneder in Langenlois. Unterzeichnet ist diese Niederschrift von unserem Betriebsratsobmann von der ÖVP namens

Jordan, von einem parteilosen Betriebsratsobmannstellvertreter, vom Betriebsrat Franz Weingartner von der SPÖ und von den Betriebsräten. In dieser Niederschrift heißt es nun (*liest*):

„Horr wandte sich auch gegen die Verlagerung von Betrieben aus Niederösterreich in andere Bundesländer. Die ÖVP sollte an ihre Wirtschaftstreibenden appellieren, mehr Verantwortungsbewußtsein zu zeigen. Langenlois z. B. ist ein günstiges Gebiet für die Holzindustrie. Langenlois ist auch die Heimat des ÖVP-Landeshauptmannstellvertreters Kargl. Trotzdem sind aus Langenlois wertvolle Maschinen der Holzindustrie verlagert worden. Die Betriebsräte des Sperrholzwerkes August Sachseneder, Langenlois, denn nur auf diese können sich die Äußerungen beziehen, stellen fest, daß diese Äußerungen des Herrn Horr in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. Es ist vollkommen unrichtig, daß vom Langenloiser Betrieb wertvolle Maschinen verlagert wurden, richtig ist vielmehr, daß das Werk Langenlois mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln ausgebaut und mit modernen Maschinen eingerichtet wird, um die Konkurrenzfähigkeit zu gewährleisten und damit die Voraussetzung zu schaffen, die Arbeitsplätze trotz des Nachlassens der Konjunktur auf dem Holzindustriesektor zu sichern. Es wird kaum einen Betrieb in dieser Branche geben, der trotz aller Schwierigkeiten die Beschäftigtenzahl auf der gleichen Höhe hält, wie es beim Sperrholzwerk August Sachseneder der Fall ist. Würden, wie Herr Horr ausführt, die wertvollen Maschinen verlagert werden, dann müßte gerade das Gegenteil eintreten und Massenentlassungen sich zwangsläufig ergeben. Die zitierten Worte des Herrn Horr erscheinen daher dem gesamten Betriebsrat der Firma August Sachseneder, Langenlois, als eine ohne jedes Verantwortungsbewußtsein und nur zum Zwecke der Erzielung eines rednerischen Effektes gemachte Äußerung, die man im allgemeinen nur einem Unmündigen zutraut. Völlig unverständlich aber bleibt es überdies, daß Herr Horr nicht wenigstens sich bei den Betriebsräten der Firma vorher über die tatsächlichen Verhältnisse in der Firma erkundigt hat, da er ja von vornherein damit rechnen mußte, daß seine Angaben nur als propagandistische Unwahrheiten erkannt und als solche verurteilt werden. Er hat damit insbesondere dem Ansehen seiner Partei einen schlechten Dienst erwiesen.“

Dieser Brief ist original unterschrieben von allen Betriebsräten, die mir ihn zugesendet haben. Ich dürfte dem, glaube ich, nichts mehr hinzufügen, denn sonst würden Sie (*zu*

den Sozialisten gewendet) sagen, du, als Langenloiser, streichst den Sachseneder hinaus. Tatsache ist, daß er im verflossenen Jahr die Maschinenhalle erweitert und viele neue Maschinen eingestellt hat.

Ich möchte aber noch, zum Schluß kommend, auf eine Tagung des sogenannten Arbeitsausschusses hinweisen, die bei der Landesregierung einberufen war. Die Arbeiterkammer hat seinerzeit an den Herrn Landeshauptmann das Ansuchen gestellt, er möge ihre Vertreter wegen der Arbeitsbeschaffung in Niederösterreich empfangen. Zu dieser Zeit war der Herr Landeshauptmann krank und hat seinen Finanzreferenten, Landesrat Müllner, beauftragt, diese Deputation von der Arbeiterkammer und der Gewerkschaftsexekutive des Landes zu empfangen. Daraufhin kam ein Absagebrief, denn die Herren wollten nicht mit dem Landesfinanzreferenten darüber verhandeln. Es war dies eine ausgesprochene Brückierung, daß die Herren es ablehnten, mit dem Beauftragten des Landeshauptmannes, noch dazu mit dem Finanzreferenten, der sozusagen das Budget zu erstellen hat und über das Arbeitsbeschaffungsprogramm am besten unterrichtet ist, zu verhandeln. Gerade mit ihm hätte man Rücksprache halten müssen, was im Lande zu geschehen hat. Wo liegt nun die Brückierung, auf welcher Seite? In der weiteren Folge gebe ich Ihnen bekannt, daß vom Sozialministerium allen Ländern empfohlen wurde — oder vielleicht ist es eine Verordnung —, daß ein Arbeitsausschuß gebildet werden soll, um die Frage der Arbeitsbeschaffung in jedem Lande zu besprechen und in irgendeiner Form die Steigerung der Arbeitslosenziffer hintanzuhalten. Es wurde auch hier in Niederösterreich der Vorsitzende dieses Arbeitsausschusses, Herr Landesrat Müllner, beauftragt, die Herren vom Vorstand der Arbeiterkammer und auch die Vertreter der Gewerkschaftsexekutive zu empfangen. Dies fand im Marmorsaal statt. Es war auch Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp zugegen. Nun hat es die Mehrheit in der Arbeiterkammer und in der Exekutive des Gewerkschaftsbundes nicht für nötig befunden, auch die Mehrheitspartei dazu einzuladen. Dagegen haben wir natürlich protestiert, und wir verlangten, daß unser Kammerrat Cipin auch an dieser Sitzung teilnehmen soll, nachdem wir schon einmal in diesem Forum mit unserer Resolution unter den Tisch gefallen sind und von Ihnen in Ihren Zeitungen Rüffler bekommen haben, weil wir uns erlaubten, mit einer Deputation zum Herrn Bundeskanzler zu gehen, um die Belange des Landes zu besprechen. Nun, liebe Freunde, ich frage Sie,

was wird hier gespielt, geht es hier um die Arbeitsbeschaffung, um den Abbau der Arbeitslosigkeit oder geht es hier nur mehr um parteipolitische oder demagogische Macht-habereien? Wir haben uns sonst überall gut verstanden, aber es kann einen doch wirklich in die Rage bringen, wenn mit solchen Praktiken gearbeitet wird. Wir waren immer diejenigen, die Ihnen hier im Hohen Landtag, wo wir die Mehrheitspartei sind, nachgegeben haben, ja, die Ihnen viel zuviel zugestanden haben. Das sei einmal ausgesprochen. Diese Sitzung des Arbeitsausschusses wurde zufällig auf ein Tonband aufgenommen. (*Ruf links: Zufällig?*) Es wurde die Apparatur aufgestellt, weil man ausprobieren wollte, ob man nicht bei Sitzungen von wirklich weittragender Bedeutung Tonbandaufnahmen machen könnte, und man war natürlich der Meinung, daß es bei dieser Sitzung ernstlich zu einer Verhandlung kommt. Aber da möchte ich Ihnen, Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp, sagen, ich habe Sie damals nicht mehr erkannt, Sie waren derart in der Rage und haben derart gebrüllt, daß Ihre Worte kaum zu verstehen waren. Es wurde gegen Cipin, der als Minderheitsvertreter auch anwesend war, weil er zu all diesen Problemen, die uns beeindrucken, mitsprechen wollte, Stellung genommen, und es wurde verlangt, Cipin muß hinaus. Er ist nur so klein (*Abgeordneter Staffa: Der Adabei.*) und trotzdem, der große Horr und alle anderen fürchteten sich vor ihm, Cipin hat gesagt, in dieser verantwortungsvollen Stunde wolle er kein Störenfried sein, und er erklärte dem Landesrat Müllner in einer Aussprache, daß er bereit ist, den Sitzungssaal zu verlassen. Weil aber nun Landesrat Müllner sagte, er solle sich weiterhin im Hause aufhalten, um nötigenfalls greifbar zu sein, entstand ein neuerlicher Tumult und eine Riesenaufregung. Liebe Freunde, was geht hier vor? (*Zwischenrufe links.*) Da fehlt gar kein Stückelr, wir haben es auf Tonband aufgenommen, es ist draußen, wir führen es Ihnen vor. Landesrat Müllner mußte die Sitzung schließen, weil es nicht möglich war, in dieser Tumultstimmung ernstliche Verhandlungen zu führen. So, meine lieben Freunde, steht es um Ihre Lösung des Arbeitsbeschaffungsproblems Niederösterreichs! Seien Sie versichert, daß unsere Partei, die Mehrheitspartei, alle ihre Programme für die Arbeitsbeschaffung durchführen wird. Und wir sind nicht programmlos, wie Sie immer behaupten, wir bauen nicht in das Wilde hinein, sondern unsere verantwortlichen Herren in der Regierung haben mit ihren zuständigen Referaten und mit ihren braven Technikern und Beamten Tag

und Nacht gearbeitet, um dieses Problem zu lösen. Ich möchte Sie einmal in das Straßen- und Brückenbaureferat und in das Wasserbaureferat hineinschauen lassen. Fragen Sie die Beamenschaft, wie sie sich dort schuften und rackern muß, um ein Projekt nach dem anderen raschestens fertigzustellen. Wenn dann das Projekt fertig ist, dann ist es der Landesrat Müllner, der Finanzreferent, der die Gelder bereitzustellen hat. Weil es ihm nun gelungen ist, sie immer bereitzustellen, darum ist er auch der Mann, der am meisten angefezt wird. Nehmen Sie zur Kenntnis, daß wir wie ein Mann hier für die Arbeitsbeschaffung in Niederösterreich einstehen! (*Beifall rechts.*) Nehmen Sie aber auch zur Kenntnis, daß Sie, wenn Sie gewillt sind, mit uns zusammenzuarbeiten, auch dementsprechend Ihren Anteil an der Verantwortung tragen müssen. Nehmen Sie aber auch weiter zur Kenntnis, daß wir noch kein Wahlfieber in unseren Adern haben. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. W e n g e r.

Abg. WENGER: Hohes Haus! Die Sozialistische Fraktion des Landtages hat vor kurzem in Anbetracht der bedenklichen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt verlangt, daß endlich der gemeinsame Finanz- und Wirtschaftsausschuß einberufen werde, um unseren Antrag auf dringliche Arbeitsbeschaffung in Niederösterreich, den wir bereits im Oktober des vorigen Jahres eingebracht haben, zu verhandeln. Sie sind uns nun zuvorgekommen und haben einen Tag vor der Einberufung dieses Ausschusses, der morgen seine Sitzung abhält, für heute eine außerordentliche Sitzung des Landtages einberufen. Wir waren alle zusammen der Meinung, daß heute bei dieser Sitzung entscheidende Fragen der Arbeitsbeschaffung in Niederösterreich besprochen werden. Statt dessen hören wir, wie Herr Präsident Endl sich ausgedrückt hat, „tiefschürfende“ Feststellungen des Herrn Landeshauptmannes und noch tiefer schürfende Feststellungen des Herrn Vizepräsidenten Endl, die letzten Endes nichts anderes sind als propagandistische Deklarationen, die uns in keiner Weise über die Tatsache der hohen Arbeitslosigkeit in Niederösterreich hinweghelfen werden. Wir können Ihnen, trotz Ihrer tiefeschürfenden Erklärungen, den Vorwurf nicht ersparen, daß Sie dieser Entwicklung, die in Niederösterreich auf dem Arbeitsmarkt zu verzeichnen ist, untätig zusehen haben. Es wäre heute leicht, wenn man sagen wollte, daß man durch diese Ent-

wicklung vielleicht überrascht wäre. Wir erinnern noch einmal daran, daß sowohl die Arbeiterkammer als auch der Österreichische Gewerkschaftsbund, die heute schon so viel genannt wurden, der niederösterreichischen Landesregierung bzw. dem Herrn Landeshauptmann vor nahezu Jahresfrist ihre Besorgnis mitgeteilt haben, und daß sie konkrete Vorschläge unterbreitet haben, wie man der zweifellos in den Herbstmonaten 1953 stark in Erscheinung tretenden Arbeitslosigkeit entgegenwirken könnte. (*Ruf rechts: Bei 20 Grad Kälte.*) Bereits im Sommer 1953 haben Arbeiterkammer und Österreichischer Gewerkschaftsbund an den Herrn Landeshauptmann ein Schreiben gerichtet, in dem er gebeten wurde, es zu ermöglichen, daß die befugten Vertreter der Arbeiterkammer und des Gewerkschaftsbundes von der gesamten Landesregierung empfangen werden, um ihre Besorgnisse zum Ausdruck zu bringen beziehungsweise gemeinsame Beratungen abhalten zu können. Ich muß ausdrücklich, entgegen der Erklärung des Herrn Vizepräsidenten Endl, feststellen, daß zunächst der Herr Landeshauptmann darauf überhaupt nicht geantwortet hat, sondern daß erst ein neuerliches Schreiben der Arbeiterkammer Niederösterreich den Erfolg gezeitigt hat, daß uns Herr Landesrat Müllner, aber nicht im Namen der Landesregierung, sondern im Namen der ÖVP-Fraktion in der niederösterreichischen Landesregierung, mitgeteilt hat, wir sollen auch Leute unserer Fraktion namhaft machen, womit er die ganze Angelegenheit auf das parteipolitische Geleise gedrängt hat. Es ist uns absolut ferne gelegen, daß sozialistische Gewerkschafter ihre Besorgnisse den ÖVP-Landesregierungsmitgliedern gegenüber zum Ausdruck bringen sollen. Wir waren der Meinung, daß die berechnete Besorgnis angesichts der ganzen Landesregierung zum Ausdruck gebracht werden sollte, und dazu gehören, wie das der Mehrheitsfraktion bekannt sein dürfte, auch die Herren Landeshauptmannstellvertreter Popp, Landesrat Stika und Landesrat Brachmann, und nicht nur, wie sie in einer Bilderzeitung der ÖVP genannt wurden, „Die großen Vier der niederösterreichischen Landesregierung“, die Herren Landesräte von Ihrer Fraktion. Wir haben es also mit Recht abgelehnt, daß diese Frage auf parteipolitischem Geleise behandelt wird. Ich erinnere noch einmal daran, daß wir, als Sozialistische Landtagsfraktion, am 15. Oktober vorigen Jahres einen Antrag eingebracht haben, daß es in Anbetracht der bedrohlichen Entwicklung notwendig wäre, daß die Landesregierung Vorkehrungen trifft, um mit einem Winterarbeitsprogramm der

überhöhten Zahl der Arbeitslosen, die zweifellos in Erscheinung tritt, begegnen zu können. Inzwischen ist die Arbeitslosigkeit gewachsen, und am 15. Jänner dieses Jahres mußten wir alle zusammen feststellen, daß die Arbeitslosigkeit in Niederösterreich die Zahl von 56.000 — ich sage ausdrücklich 56.000 — überschritten hat. Es kann uns in keiner Weise befriedigen, wenn uns der Herr Landeshauptmann in einem Zahlenspiel zu beweisen versucht, daß die Zahl nicht 56.000, sondern nur 52.000 wäre (*Abg. Stangler: Sie ist nur 52.000!*), und daß dabei die Randgemeinden nicht mitgezählt sind. Ich glaube, daß ihm auch die Einwohner der Randgemeinden dafür nicht besonders zu Dank verpflichtet sind, und es wird für sie eine sehr wenig schmerzstillende Wirkung haben, wenn er sagt, daß sie wohl auch in unsere Sorge einbezogen, aber bei der Arbeitsbeschaffung nicht mitgezählt sind. Die Zahl von 56.000 ist am 15. Jänner in einem Gebiet in Erscheinung getreten, das gleich groß ist jenem Gebiet, in dem auch früher die Arbeitslosen gezählt worden sind, und das — darüber kommen wir nicht hinweg — unter der Obhut des Landes Niederösterreich ist.

Nun hat auf Grund dieser Entwicklung die Landesexekutive Niederösterreich des Österreichischen Gewerkschaftsbundes eine EntschlieÙung gefaÙt. Die ÖVP-Vertreter beziehungsweise die ÖAAB-Vertreter waren dagegen, obwohl die Tatsache dieser hohen Arbeitslosenziffer unbestritten ist, und obwohl es eine Tatsache ist, daß in Niederösterreich dieses rapide Ansteigen der Arbeitslosigkeit im wesentlichen darauf zurückzuführen ist, daß es die Landesregierung Niederösterreich versäumt hat, rechtzeitig die notwendigen Vorkehrungen zu treffen. (*Widerspruch rechts.*) Wer es nicht glaubt, Hohes Haus, möge nach Niederösterreich gehen, er kann dort unschwer feststellen, daß auf allen jenen Stellen, an denen öffentliche Baustellen funktionieren sollen, völlige Ruhe herrscht. (*Ruf rechts: Bei 20 Grad gehst du hinaus!*) Er wird feststellen, daß diese Ruhe nicht erst jetzt in Erscheinung tritt, wo es 15 und 20 Grad Kälte hat, sondern daß diese Ruhe ununterbrochen herrscht, seit Beginn dieses Jahres, also zu einer Zeit, wo die Kälte noch keineswegs arbeitsbehindernd gewirkt hätte. Jeder kann sich davon überzeugen, und wenn er die Einwohner dieser Gebiete fragt, werden sie ihm nichts anderes zu sagen haben.

Darauffolgend wurde in der Arbeiterkammer Niederösterreich eine EntschlieÙung gefaÙt, die sich mit dieser Frage beschäftigt hat und in der der Beschluß gefaÙt wurde, diese EntschlieÙung sowohl der niederöster-

reichischen Landesregierung als auch dem Herrn Bundeskanzler zur Kenntnis zu bringen. Auch dagegen waren Ihre Vertreter. Wenn Sie nun der Meinung wären, daß in der EntschlieÙung der niederösterreichischen Arbeiterkammer irgendwelche hochverräterische oder landesverräterische Tendenzen enthalten gewesen sind oder eine Hetze gegen die ÖVP-Mehrheit im niederösterreichischen Landtag, dann werden Sie schwer enttäuscht sein, wenn ich Ihnen den Inhalt dieser EntschlieÙung kurz zur Kenntnis bringe. Ich kann mir das gestatten, weil auch Präsident Endl die Essenz aus der EntschlieÙung der ÖAAB-Vertreter zur Kenntnis gebracht hat. Der Inhalt ist kurz und bündig der, daß dort beschlossen wurde (*liest*):

„1. Der fast zur Gänze eingestellte Straßenbau ist, soweit es die Witterung erlaubt, sofort wieder aufzunehmen. Die im Bundes- und Landesbudget dafür vorgesehenen Mittel sind freizugeben.

2. Der für den Flußregulierungsbau vorgesehene Landeskredit von 60 Millionen Schilling ist anteilmäßig für das Jahr 1954 ehestens flüssigmachen, damit die Arbeiten, die auch im Winter durchführbar sind, sofort aufgenommen werden können.

3. Bereitstellung von Mitteln, um die dringend notwendigen Wasserversorgungsbauten, welche bereits projektreif vorliegen, in Angriff nehmen zu können.“

Das ist der Inhalt der EntschlieÙung, die die Arbeiterkammer gefaÙt hat, der sich aber die ÖVP-Vertreter nicht angeschlossen haben, sondern die es für gut fanden, eine SonderentschlieÙung zu fassen, die letzten Endes — ich sage ausdrücklich, der Vizepräsident Endl hat nur einen Teil dieser SonderentschlieÙung bekanntgegeben — ausklingt in ein Loblied auf die niederösterreichische Landesregierung, und zwar dafür, daß sie weise alles vorgekehrt hat, um die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen. Wenn wir uns also in der Arbeiterkammer und im Gewerkschaftsbund hätten lächerlich machen wollen, dann hätten wir dieser EntschlieÙung, aber auch dem Passus zustimmen können, der es als etwas vordringlich Arbeitsbeschaffendes betrachtet, wenn wir dafür eintreten, daß das Land Niederösterreich zu mehr als 22 Prozent, nämlich zu 50 Prozent, am Bau des Donaukraftwerkes Ybbs-Persenbeug beteiligt wird. Das ist ein Politikum, hat aber mit Arbeitsbeschaffung so wenig zu tun, als Schwarzes unter dem Nagel ist.

Ihre Fraktion hat es auch für gut befunden, im Eilschritt diese von Ihnen gefaÙte EntschlieÙung zum Herrn Bundeskanzler Raab

zu tragen, damit man dann dort sagen kann, Sie waren schon vorher dagewesen. Solchermaßen konnte dieses „Dankschreiben“ an die niederösterreichische Landesregierung — etwas anderes war es ja nicht — bereits am nächsten Tag in der Zeitung publiziert werden.

Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund haben auch dringend die Einberufung des ständigen Ausschusses bei der Landesregierung für Arbeitsbeschaffung verlangt. Unserem Drängen wurde stattgegeben, und die Sitzung wurde für 27. Jänner dieses Jahres anberaumt. Ihnen allen ist bekannt, daß diese Sitzung ein sehr schnelles Ende gefunden hat. Vielleicht ist Ihnen aber nicht ganz bekannt, daß dieses Ende herbeigerufen wurde durch die unerhörte Provokation des Herrn Finanzreferenten, eine unerhörte Provokation, wie es sich normalerweise ein Vorsitzender, der mit seinen Pflichten vertraut ist, niemals leisten würde, ganz gleich, welcher Partei-richtung er angehört. Er hat geglaubt, den Vertretern der Arbeiterkammer und der Gewerkschaft einen Delegierten, einen Vertreter, ganz einfach aufoktroyieren zu können, während gleichzeitig bei dieser Sitzung sowohl die Vertreter der Handelskammer und der Landwirtschaftskammer als auch der Landarbeiterkammer erklärt haben, daß die Delegierung in ihre eigene Hoheitskompetenz gehört, und daß sie sich also nichts dreinreden lassen, wenn sie delegieren wollen. Da hat der Landesrat Müllner zum Ausdruck gebracht, er würde uns vorschreiben können, wenn die Arbeiterkammer zu dieser Sitzung zu delegieren hätte, notabene, wo sie bereits seit zwei Jahren die Dekrete für die von ihr namhaft gemachten Delegierten in der Hand gehabt hat. Landesrat Müllner hat nichts anderes sagen können als daß er kapituliere und den Vertreter der ÖVP von der Sitzung entferne, daß er sich aber vorbehalte, daß dieser Vertreter draußen zu seiner Verfügung bleibe, damit allenfalls unrichtige Behauptungen der offiziellen Arbeiterkammer- und Gewerkschaftsbundvertreter richtiggestellt werden können. Also eine Provokation, über deren Ausmaß sich wahrscheinlich Landesrat Müllner überhaupt nicht klar war. Ich glaube, es fehlt ihm das Begriffsvermögen dafür. (*Abg. Ernecker: Wir werden etwas richtigstellen!*) Nachdem von Ihrer Seite also alles getan wurde, um nichts zu tun, ist es nicht verwunderlich, daß nunmehr per 31. Jänner 1954 die Arbeitslosigkeit auf die Zahl von 59.700 gestiegen ist. 59.700, also fast 60.000 Arbeitslose, ob wir sie nun teilen in Bewohner der Randgemeinden und Bewohner des übrigen Niederösterreichs, ist mehr oder weniger

gegenstandslos. Tatsächlich sind 59.700 Arbeitslose vorhanden, also eine weit höhere Zahl als im Vorjahr, wo wir ohnehin schon angespannte Verhältnisse hatten, und die höchste Zahl seit dem Jahre 1945. Darüber hinaus, wenn wir jene Gebiete dazuzählen, die im Jahre 1934/35 noch bei Niederösterreich waren, stellen wir mit sehr großer Besorgnis fest, daß die Arbeitslosigkeit in Niederösterreich heuer knapp an jene Zahl heranreicht, die wir in den Jahren gehabt haben, in denen Österreich seine schwersten wirtschaftlichen Erschütterungen erlebt hat. Daß wir uns mit dieser Tatsache nicht ruhig abfinden können, muß Ihnen begreiflich sein. Über diese Tatsache hilft uns auch nicht ein Jonglieren mit den Beschäftigungszahlen hinweg.

Ich möchte die Erklärungen des Herrn Landeshauptmannes nicht bezweifeln, im Gegenteil, ich möchte sie noch in positivem Sinne ergänzen und ihm sagen, daß nach unseren Berechnungen die Beschäftigtenzahl höher ist, vor allem höher ist als in der Zeit vor 1937. Aber, Hohes Haus, diese höhere Beschäftigtenzahl kann uns doch nicht über die Tatsache hinweghelfen, daß nahezu 60.000 Menschen mit ihren Familien mehr oder weniger der Not preisgegeben sind. Wir können nicht befriedigt nach Hause gehen in der Erkenntnis, daß wir mehr Beschäftigte haben, wenn wir gleichzeitig feststellen müssen, daß die ungeheure Zahl von 60.000 Menschen arbeitslos ist, und daß diese Menschen und ihre Familien wirtschaftlich aufs härteste betroffen sind. Diese Tatsache duldet keine Entschuldigung, mag sie auch darin bestehen, daß wir erklären, es sind mehr Beschäftigte vorhanden, oder mag sie auch in irgendeiner anderen plausiblen oder weniger plausiblen Erklärung bestehen. Wir können auch nicht zur Kenntnis nehmen, meine Herren von der Mehrheit, daß Sie, wie es den Anschein hat, die Absicht haben, die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hinauszuschieben, damit Sie eine wirksamere Wahlpropaganda haben. Das ist moralisch nicht zu rechtfertigen. Ich glaube also, daß man wohl Wahlpropaganda betreiben soll und kann — ich billige jeder Partei dieses Recht zu —, aber ich glaube, mit der Not von so vielen Menschen kann und darf man keine Wahlpropaganda betreiben. Die Taktik, den Menschen großzügig dann ein Stück Brot zu geben, wenn man ihnen vorher einen ganzen Laib weggenommen hat, glaube ich, sollte man besser den Diktaturen überlassen, wo diese Taktik sehr häufig und stark praktiziert wird. Die Arbeitslosigkeit ist eine unbestreitbare Tatsache, ebenso wie auch ihr Ausmaß eine unbestreitbare Tatsache ist. Und ebenso ist es Tatsache, daß die Landesregie-

rung von Niederösterreich nicht rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen getroffen hat, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Wir wissen schon, daß die Landesregierung von Niederösterreich nicht imstande ist, die gesamte Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Es ist uns sehr wohl bekannt, daß sie zum Teil struktureller Natur ist, und daß die strukturelle Arbeitslosigkeit ganz andere Maßnahmen erfordert, die bei weitem über den Machtbereich der niederösterreichischen Landesregierung hinausgehen. Sie erfordert nämlich Maßnahmen, zu denen der Bund beizutragen hat und mit denen sich auch die Wirtschaftskörperschaften in stärkstem Maße zu befassen haben. Zu diesen Maßnahmen gehört unter anderem auch, um es nur kurz zu erwähnen, die Sicherung der Kosten für Investitionskredite, weil die Industrien auf Grund dieser hohen Kosten nicht imstande sind, mit der nötigen Intensität zu investieren. Ich glaube, in den Rahmen dieser Maßnahmen gehört auch die Frage, ob man im Zeitalter der technischen Entwicklung auf allen Gebieten, wie wir sie heute haben, nicht feststellen muß, daß die Arbeitszeit von acht Stunden bereits zu lang ist, und daß man sie verkürzen wird müssen. Aber diese Frage gehört nicht hierher, ich habe sie nur am Rande vermerkt. Wir sind hier in der niederösterreichischen Landesregierung, und die Entwicklung in Niederösterreich fordert gebieterisch von uns, daß unverzüglich etwas unternommen wird, um in unserem Bereich die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Dazu gehört vor allem, daß die arbeitsbeschaffenden Mittel, die im Voranschlag 1954 eingesetzt sind, unverzüglich flüssiggemacht und sofort arbeitsbeschaffend eingesetzt werden. Wenn wir also sagen, daß bisher auf diesem Gebiete nichts geschehen ist, so ist das keine Demagogie. Ich wiederhole noch einmal, Sie können sich selbst überzeugen, wenn Sie zu allen Arbeitsstellen draußen gehen, wo gearbeitet werden soll, daß dort bisher nichts geschehen ist.

Wir sind auch der Meinung, daß das Wasserbauprogramm mit dem Erfordernis von 60 Millionen Schilling sofort in Angriff genommen werden muß. Ich meine natürlich nur mit dem Teil, der im Jahre 1954 verbaut werden soll. Aber es müßte eben schon jetzt begonnen werden, und schon beginnen heißt, die Arbeitslosigkeit entscheidend und auch im günstigen Sinne zu beeinflussen. Diese notwendigen Sofortmaßnahmen genügen bei dem Stand der heutigen Entwicklung natürlich bei weitem nicht, und es ist unserer Meinung nach absolut notwendig, ein zusätzliches Sofortprogramm aufzuarbeiten. Die dazu not-

wendigen Mittel können ohne weiteres aufgebracht werden, und zwar im Rahmen der Kreditermächtigung, die der niederösterreichische Landtag dem Herrn Finanzreferenten bereits gegeben hat.

Wir sind aber auch der Meinung, daß die verantwortlichen Funktionäre der niederösterreichischen Landesregierung unverzüglich an die Bundesregierung heranzutreten haben, damit in Anbetracht der bedrohlichen Lage in Niederösterreich zusätzliche Mittel zur Bekämpfung des Notstandes zur Verfügung gestellt werden. Schließlich und endlich sind wir der Meinung, daß die im Bundesbudget vorgesehenen Mittel, die in Niederösterreich im arbeitsbeschaffenden Sinne eingesetzt werden können, ebenfalls sofort eingesetzt werden müßten.

Das sind konkrete Vorschläge, die natürlich einen großen Unterschied aufweisen zu der Anfrage und ihrer Beantwortung, die wir heute zu hören bekommen haben. Diese Anfrage und ihre Beantwortung, das möchte ich ausdrücklich feststellen, sind keineswegs geeignet, die Arbeitslosenziffer auch nur um eine einzige Person herunterzusetzen. 60.000 Menschen in Niederösterreich und ihre Angehörigen erwarten von der niederösterreichischen Landesregierung zweifellos mehr als einen Disput darüber, ob da und dort irgend etwas gesagt oder getan worden ist, was der ÖVP, als der Mehrheit im Hause, vielleicht in ihrem Ansehen abträglich wäre.

Immer wieder müssen wir es mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen, daß es einmal eine Zeit gegeben hat, in der die Menschen in Elendsquartieren gewohnt haben. Es ist auch noch nicht so lange her, daß der Mensch, wenn er arbeitslos gewesen ist, schutzlos der Not preisgegeben war, und daß man ihm damals einreden konnte, daß dieser Zustand unabänderlich, ja daß er vielleicht sogar gottgewollt wäre. Es ist dies in der Zeit der seinerzeitigen christlichsozialen Ära seligen Angedenkens gewesen, in der gleichen Zeit, in der die Arbeitszeit 12 und 14 Stunden betragen hat. Wir leben aber heute im 20. Jahrhundert, und wir machen mit allem Nachdruck darauf aufmerksam, daß wir nicht gewillt sind, heute die Not von 60.000 Menschen — zusammen mit ihren Familien wahrscheinlich mehr als 100.000 — ruhig hinzunehmen. Wir wollen Ihnen aber auch gleichzeitig erklären, daß wir mit der heute gestellten Anfrage und mit ihrer Beantwortung durchaus nicht zufrieden sind. Sie (*zur Seite der ÖVP gewendet*) mögen zufrieden sein damit und vielleicht auch glücklich sein in dem Bewußtsein, daß wieder irgendeine kompli-

zierte Angelegenheit aufgeklärt worden wäre. Wir sind nicht befriedigt, wir sind vielmehr der Meinung, daß unsere ganze Aufmerksamkeit der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im Land Niederösterreich zu widmen ist, und daß der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mit aller Kraft geführt werden muß. Wir sind aber auch der Meinung, daß dieser Kampf, wenn er von allem Anfang an geführt worden wäre, zweifellos schon große Erfolge gezeitigt hätte.

Sie haben sich nun einmal entschlossen, ihren eigenen Weg zu gehen. Das läßt Ihnen selbstverständlich auch die volle Verantwortung für diese Entwicklung auf, und darauf möchten wir ebenfalls aufmerksam machen. Die niederösterreichischen Arbeitslosen und wir als ihre Vertreter, die wir uns berufen fühlen, Ihnen das zu sagen, machen Sie auf die Schwere dieser Verantwortung mit allem Nachdruck aufmerksam. Für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit im Lande lohnt es sich, einen Kampf zu führen. Wir werden aber auch mit aller Schärfe einen Kampf gegen alle führen, die unserer Meinung nach die Schuld daran tragen, daß diese Entwicklung zustande gekommen ist. Und daß Sie, meine Herren von der Mehrheit, oder Ihre Funktionäre in der Landesregierung einen großen Teil an dieser Schuld tragen, und zwar dadurch, daß Sie alles versäumt haben, um rechtzeitig die notwendigen Mittel für die arbeitsbeschaffenden Maßnahmen in Niederösterreich flüssigzumachen, um diese Tatsache kommen Sie nicht herum. Um den Titel „Die großen Vier von Niederösterreich“, den eine Bilderzeitung den Landesregierungsmitgliedern Ihrer Partei gegeben hat, zu verdienen, dazu, glaube ich, gehört mehr als die bloße Lobhudelei einer Zeitung, dazu gehört ein Verantwortungsbewußtsein, das darin seinen Ausdruck zu finden hat, daß diese Funktionäre alle ihre Kraft einsetzen, um die Arbeitslosigkeit in Niederösterreich einzudämmen. In Anbetracht des Umstandes, daß Sie aber nichts getan haben, um die Arbeitslosigkeit einzudämmen oder zum Stillstand zu bringen, ja in Anbetracht des Umstandes, daß sie noch weiter gestiegen ist und voraussichtlich noch weiter die Tendenz zum Steigen zeigt, werden wir den Kampf mit der notwendigen Härte, die einen Erfolg verbürgen wird, fortsetzen. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. D u b o v s k y.

Abg. DUBOVSKY: Hohes Haus! Am 31. Jänner wurden in Österreich rund 300.000 Arbeitslose gezählt. 300.000 Menschen, die

arbeiten wollen und keine Arbeit finden. 300.000 Menschen ohne Arbeit, sie stellen eine Anklage gegen jene dar, die an dieser Arbeitslosigkeit mitschuldig sind. Wir sehen, daß in den letzten Wochen und Tagen in der Presse der beiden Regierungsparteien, in deren Händen es ja gelegen wäre, durch rechtzeitige Maßnahmen den wirksamen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu führen, sozusagen ein edler Wettstreit darüber ausgebrochen ist, welche von den beiden Parteien an der Steigerung der Arbeitslosigkeit die Schuld trägt und welche hierfür verantwortlich ist. Um das Maß der Demagogie bei der Behandlung der Arbeitslosenfrage richtig einschätzen zu können, ist es notwendig, sich daran zu erinnern, daß vor sechs Wochen in der Presse der beiden Regierungsparteien eine andere Auseinandersetzung stattgefunden hat, nämlich die Auseinandersetzung darüber, wer das Hauptverdienst an dem angeblichen Wirtschaftswunder in Österreich hat. Ich erinnere mich, im Zusammenhang der Budgetberatung im Parlament, an die Artikel in der „Neuen Wiener Tageszeitung“ und in der „Arbeiter-Zeitung“. Beide haben damals geschrieben: Es ist unser Erfolg, daß mehr Mittel für Investitionen zur Verfügung gestellt werden. Wenn das ihr Erfolg war, dann müssen sie auch gemeinsam den Erfolg auf sich nehmen, daß 300.000 Menschen arbeitslos sind. Wenn der Herr Kollege Wenger hier erklärt hat, er wird Anklage erheben und den Kampf gegen alle führen, die an der Arbeitslosigkeit Schuld tragen, dann fürchte ich, wird das ein Harakiri werden. Hier kann man keine der beiden Parteien von der Schuld freisprechen. Jede Partei hat fast gleich viele Minister in der Bundesregierung, sie sind bei den letzten Wahlen fast gleich stark hervorgegangen, es kann daher keine Partei sagen, daß sie keine Schuld tragen soll. Ich muß da an einige Vorgänge des vergangenen Jahres erinnern.

Bei der Beratung des Budgets des Jahres 1953 am 24. April 1953 wurde von uns beantragt, daß das von der niederösterreichischen Arbeiterkammer beschlossene Arbeitsbeschaffungsprogramm innerhalb von drei Monaten zu einem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landesregierung ausgearbeitet werden soll, weil man ja eine bestimmte Zeit braucht, um ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, wenn es nicht am Papier stehen, sondern wirksam werden soll, rechtzeitig in Kraft setzen zu können. Nun, die Abgeordneten der ÖVP haben diesen Antrag abgelehnt. Leider — das muß ich hinzufügen — waren es auch die Abgeordneten der Sozialistischen Partei, unter ihnen auch der Kollege Wenger, der Landessekretär von Niederösterreich des

Österreichischen Gewerkschaftsbundes, die diesen Antrag abgelehnt haben. Es ist nicht schwer, dann, wenn die Arbeitslosigkeit ihrem Höhepunkt zustrebt, zu schreien, man muß ein Arbeitsbeschaffungsprogramm erstellen. Wenn ein Arbeitsbeschaffungsprogramm wirksam werden soll, dann muß man rechtzeitig die Maßnahmen dazu treffen, man muß rechtzeitig die Mittel bereitstellen, um hier wirklich durchzukommen.

Von den 300.000 Arbeitslosen in ganz Österreich entfallen nach dem Stand vom 31. Jänner 1954 auf Niederösterreich rund — um einiges weniger — 60.000. Ich möchte mich hier nicht auseinandersetzen darüber, ob mit oder ohne Randgemeinden, weil das im großen und ganzen unwesentlich ist. Das Wesentliche an dieser Tatsache ist, daß wir von Jahr zu Jahr eine höhere Zahl von Arbeitslosen erreichen. Wenn wir damit die Zahl der Beschäftigten in Niederösterreich vergleichen, so sehen wir, daß seit dem Jahre 1951 bis 1953 — man darf nicht einzelne Monate herausgreifen, weil das ein vollkommen unrichtiges Bild gibt, sondern hier kann man nur den Jahresdurchschnitt nehmen — die Zahl der Beschäftigten in Niederösterreich um mehr als 10.000 abgenommen hat. Diese sinkende Zahl der Beschäftigten und die steigende Zahl der Arbeitslosen findet auch ihren Niederschlag in den Feststellungen des Instituts für Wirtschaftsforschung, dahingehend, daß in der industriellen Produktion eine Stagnation eingetreten ist, und daß weder im Verlaufe des Jahres 1952 noch 1953 mehr als der Stand der Produktion des Jahres 1951 erzielt wurde. Um nun hier wirklich Hilfe bringen und die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen zu können, ist es notwendig, daß man die Ursachen der Arbeitslosigkeit untersucht. Die letzte Steigerung der Zahl der Arbeitslosen in Österreich bis zum jetzigen Monatsende um 14.000 zeigt, daß hier bereits sehr stark eine strukturelle Arbeitslosigkeit wirksam wird, das heißt, daß sie nicht mehr saisonbedingt ist, wie es vielfach in früheren Jahren der Fall war. Von der Zahl von 14.000 entfallen nur mehr schwache 4000 auf die Bauarbeiter, die restlichen 10.000 im ganzen Bundesgebiet stammen nicht aus den Bauberufen. Eine ähnliche Entwicklung können wir auch in Niederösterreich feststellen.

Wo liegen nun die Ursachen? Es ist kein Geheimnis, daß noch im Jahre 1949 die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen in Österreich 55.000 betragen und sich im vergangenen Jahr bereits auf das Dreifache erhöht hat; nunmehr ist sie auf 300.000 angestiegen. Die Ursachen dafür sind vor allem in der Tatsache zu suchen, daß im Verlaufe unserer

ganzen Wirtschaftsentwicklung ein ständig größer werdendes Auseinanderklaffen zwischen den Preisen und Löhnen und Gehältern stattgefunden hat. Während die Löhne und Gehälter bei den Staatsangestellten auf das Viereinhalbfache valorisiert wurden, die Löhne sich auf das Sechseinhalbfache steigerten, sehen wir bei den Industriewaren eine Erhöhung auf das Elf- bis Fünfzehnfache und bei den Lebensmitteln auf das 6,8fache. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger im Zuge der Entwicklung seit dem Jahre 1948 sich immer weniger leisten, sich immer weniger kaufen konnten. Die Statistik der Wiener Arbeiterkammer, die zweifellos aufzeigt, was sich hier abgespielt hat, bestätigt das. Leider gibt es diese Statistik nur für die Lebensmittel, nicht aber auch für die Industriegüter. Bei den Lebensmitteln sehen wir, daß beispielsweise der Fleischkonsum eines 20jährigen Mannes auf 61 Prozent des Jahres 1929 abgesunken ist, der Milchkonsum auf 82 Prozent, der Bierkonsum — man sagt immer, die Leute trinken jetzt mehr Bier — sogar auf 48 Prozent. Auch beim Konsum von Gemüse und Erdäpfeln findet kein Ausgleich gegenüber dem gesunkenen Fleischkonsum statt, sondern an Gemüse wird nur 67 Prozent dessen verbraucht, was 1929 verbraucht wurde. Hier sehen Sie, wie die Herabdrückung der Löhne unter anderem auch zu einer Krisenerscheinung in der Landwirtschaft geführt hat, so daß heute von einer Absatzkrise schon gesprochen wird, die aber in Wirklichkeit nicht vorhanden wäre, würden nur die gleichen Möglichkeiten des Konsums für die Verbraucher vorhanden sein, wie sie im Jahre 1929 bestanden haben. Wir sehen, daß im Zuge dieser ganzen Entwicklung die Löhne immer weiter herabgesetzt wurden, und daß das geringer gewordene Realeinkommen zu einer Einengung des ganzen Konsums geführt hat. Das ist die eine Seite, die hinter dem „Wirtschaftswunder“ steht. Auf der anderen Seite stellten die Monatsberichte des Instituts für Wirtschaftsforschung fest, daß es Ende 1953 in Österreich 1100 Menschen gegeben hat, die ein Einkommen von mehr als 1 Million Schilling gehabt haben. Das ist also die andere Seite, mit der unerhörten Anhäufung von Reichtum, wie sie auch in Niederösterreich ihren Niederschlag in den Bilanzen der Aktiengesellschaften findet, und in dem ständigen Steigen der Aktienkurse um mehr als 100 Prozent innerhalb von zwei Jahren. Auf der einen Seite rafft ein kleiner Teil der Bevölkerung immer mehr an sich, während der Großteil der Verbraucher immer schlechter lebt und die Wirkungen auch auf die Er-

zeuger landwirtschaftlicher Produkte, auf die Bauern, übergreifen.

Die Frage, wie können wir die Arbeitslosigkeit bekämpfen, ist auch eine Frage der Erhöhung des Realeinkommens, eine Frage, auf die auch das Institut für Wirtschaftsforschung hingewiesen hat. Es ist festzustellen, daß dieses „Wirtschaftswunder“ des Exportüberschusses, der in Wirklichkeit nur durch die Angleichung des Dollarkurses, das heißt, durch die Änderung des Umrechnungskurses von 21 auf 26, zustande gekommen ist, wie das Wirtschaftsinstitut feststellt, nur eine vorübergehende Erscheinung ist, daß sich weiter die Einfuhr teilweise unerhört verteuert hat und es daher auch zu einer Drosselung der gesamten Einfuhr gekommen ist. Dieses Institut verweist auch auf die Notwendigkeit der Stärkung des Inlandsmarktes und der Hebung der Kaufkraft der Bevölkerung. Nun ist über die Hebung der Kaufkraft der Bevölkerung in der letzten Zeit sehr viel in den beiden Organen der Regierungsparteien geschrieben worden. Das dicke Ende des Marshall-Planes, das wir jetzt zu spüren bekommen, heißt auf der einen Seite Produktionssteigerung, auf der anderen Seite Liberalisierung. Beides sind Maßnahmen, die ich Ihnen an Hand von Beispielen aus Niederösterreich zeigen will, die mit dazu geführt haben, daß die strukturelle Arbeitslosigkeit sich weiterhin vergrößert hat. So haben wir z. B. heute beschlossen, Vöslau zur Stadt zu erheben. Dort ist die Vöslauer Kammgarnfabrik. Diese Fabrik hat im Verlaufe des vergangenen Jahres und schon vorher rund 1700 Arbeiterinnen und Arbeiter abgebaut. Das Produktionsquantum dieses Betriebes ist heute genau das gleiche geblieben, wie es vor dem Abbau gewesen ist. Die Löhne wurden nur ganz unbedeutend erhöht, die Preise für die Stoffe aber nicht gesenkt. In der Bilanz der Vöslauer Kammgarnfabrik können Sie lesen, wohin das gekommen ist, was aus den Menschen herausgeschunden wurde, die nunmehr auch die Arbeit von den 1700 im Zuge der Produktivitätssteigerung Abgebauten leisten müssen. So schaut es überall aus. Man macht jetzt den umgekehrten Weg. Man geht jetzt dazu über, zuerst abzubauen, um unter dem Druck der drohenden Entlassung aus den Arbeitern herauszuholen, was nur geht. Von dieser Art der Produktionssteigerung hat aber nur eine Handvoll von Aktionären den Profit, nämlich die 1100 Menschen in Österreich, die ein höheres Einkommen beziehen als 1 Million Schilling im Jahr.

Liberalisierung, das hört sich so wunderbar an, so freiheitlich, es stammt noch aus der Zeit des aufstrebenden Bürgertums, wo

man liberal gewesen ist, wo man freiheitlich gewesen ist. Aber heute sieht man, und man beginnt es bereits zu spüren, was sich hinter der Liberalisierung verbirgt. Nun, die Leitung der Semperitwerke führt einen verzweifelten Kampf gegen die Aufnahme der Gummiproduktion in die Liste der Liberalisierung, weil, wenn diese Waren aufgenommen werden — so wird von der Direktion erklärt —, bis zu 40 Prozent der Produktion sofort eingestellt werden müßten und ein entsprechender Abbau die Folge davon wäre. Aber schon heute beginnt man im Betrieb Wimpassing, sozusagen unter Berufung auf die Liberalisierung, aus den Arbeitern höhere Produktivität herauszuholen, und man geht dazu über, den Minutenfaktor, der für die Akkordberechnung entscheidend ist, ganz gewaltig herabzusetzen, bei manchen sogar um mehr als die Hälfte. Das bedeutet, daß durch erhöhte Produktivität ein Abbau der Arbeiter durchgeführt werden muß. Das sind Maßnahmen, die zu einer weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit in Niederösterreich beitragen. Ich glaube, daß es daher notwendig ist, um hier wirklich konkrete Maßnahmen durchzuführen, auf die ich noch zurückkommen werde, daß hier vor allem der Hohe Landtag sich dazu entschließen muß, durch die Forderung nach einem allgemeinen Abbau- und Entlassungsstop, wie er voriges Jahr vor den Wahlen zwischen den beiden Parteien mit den Unternehmern vereinbart gewesen ist, ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit vorläufig zu verhindern. Ich erlaube mir daher, dem Hohen Landtag den Antrag zu stellen (*liest*):

„Um ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit in Niederösterreich zu unterbinden, wird die Landesregierung aufgefordert, unverzüglich bei der Bundesregierung Schritte zu unternehmen, um einen allgemeinen Abbau- und Entlassungsstop herbeizuführen.“

Die Lage Niederösterreichs und damit auch die Lage der Arbeitslosen wird noch weiter dadurch erschwert, daß seit Jahren eine Politik der Benachteiligung von seiten der Bundesregierung gegenüber dem Bundesland Niederösterreich betrieben wird. So hat das Land Niederösterreich aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds in den wenigen Jahren seit seinem Bestehen um rund 370 Millionen Schilling weniger erhalten, als es auf Grund seiner Kriegsschäden Anspruch hätte. Es wäre gut, wenn die Abgeordneten der Volkspartei beim Handelsminister intervenieren würden — auch eine wirksame Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit —, daß der Umrechnungsschlüssel den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt wird, und daß diese 370 Millionen Schilling nachbezahlt werden. Hier

wäre für die Bauarbeiter auf lange Sicht in Niederösterreich Vollbeschäftigung vorhanden. Es wäre aber auch eine dankbare Aufgabe für unseren Landesrat Stika, der in dem Ausschuß sitzt, der die Mittel des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds vergibt, im stillen Kämmerlein dieses Ausschusses wirksam für die Interessen des Landes Niederösterreich einzutreten und entschieden die gerechte Verteilung der Mittel für Niederösterreich zu verlangen. Damit wäre wirklich den Arbeitslosen gedient, und es wäre damit mehr getan als mit langen Deklarationen.

Wir sehen die Benachteiligung Niederösterreichs auch bei dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, der vom SPÖ-Minister Maisel verwaltet wird, und wo die Benachteiligung jährlich einige Millionen Schilling ausmacht. Ich habe bisher nichts davon vernommen, daß Abgeordnete der SPÖ in Wahrung der niederösterreichischen Interessen bei ihrem Minister interveniert hätten, daß die Verteilung der Mittel aus diesem Fonds so vorgenommen wird, wie es den niederösterreichischen Forderungen entsprechen würde, um die Arbeitslosigkeit bekämpfen zu können. Allein an Rückvergütungen für die von Niederösterreich selbst geleistete Behebung von Kriegsschäden müßte es 800 Millionen Schilling vom Bunde erhalten. Man hat uns Zusagen gemacht, aber das Geld ist nicht gekommen. Hier muß man betreiben, daß endlich dem Land die 800 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden, die es zur Behebung der Kriegsschäden, für die die Bundesregierung verantwortlich gewesen wäre, bevorzugen hat.

Man müßte gleichfalls beim Handelsminister vorsprechen, damit endlich die 1600 Kilometer Landesstraßen von der Bundesregierung übernommen werden, weil dadurch bei der gleichen Höhe der Mittel für die Straßenerhaltung im Land Niederösterreich rund 1000 Menschen mehr beim Straßenbau und bei der Erhaltung der Straßen beschäftigt werden könnten.

Eine der empörendsten Benachteiligungen Niederösterreichs ist darin gelegen, daß es von seiten der Bundesregierung keine nennenswerte Investitionstätigkeit in Niederösterreich gibt. Noch vor einem Jahr haben wir hier über Ybbs-Persenbeug debattiert. Seit Jahren hat es immer wieder geheißen, man könne nichts machen, die Russen seien schuld daran. Als man dann unter dem Druck der Tatsachen zu verhandeln begonnen hat, hat es sich herausgestellt, daß das eingetreten ist, was wir seit Jahren gesagt haben, nämlich, daß, wie bei den Kamptalwerken, auch bei,

Ybbs-Persenbeug innerhalb weniger Tage eine volle Einigung erzielt worden ist. Aber nun ist fast ein Jahr wieder vergangen und es ist wieder sehr still geworden um Ybbs-Persenbeug. Als man nicht mehr die Russen verantwortlich machen konnte, da waren auf einmal keine Pläne für das Kraftwerk vorhanden. Man hat doch acht Jahre Zeit gehabt, die Pläne zu erstellen! Nun sind die Pläne nach einem Jahr endlich fertig, jetzt sagt man aber, im Juli wird man mit den Wasserrechtsverhandlungen beginnen; das heißt, im Jahre 1954 wird dort noch immer nicht viel geschehen. Gleichzeitig gibt niemand Auskunft darüber — zuständig wäre der Minister Waldbrunner —, wieviel Geldmittel der Bund für den Bau dieses Kraftwerkes zur Verfügung stellt, des Kraftwerkes, dessen Bau der entscheidendste Investitionsbeitrag in Niederösterreich sein könnte, und mit dem man wirklich wirksam auf großzügigste Art und Weise die Arbeitslosigkeit bekämpfen könnte. Nichts wird aber darüber gesprochen. Man könnte doch jetzt schon — jeder Baufachmann wird das bestätigen —, ohne die Wasserrechtsverhandlungen abzuwarten, mit der Aufschüttung der Dämme längs der Donau beginnen, man könnte dort durch große Erdbewegungsarbeiten einige hundert, ja einige tausend Arbeitslose beschäftigen, wenn das Geld vom Minister Waldbrunner zur Verfügung gestellt würde. Ich glaube, es wäre doch die Aufgabe der SPÖ-Abgeordneten von Niederösterreich, bei ihrem Minister dafür zu sorgen, daß er diese Geldmittel zur Verfügung stellt, um dieses entscheidende Kraftwerk für Niederösterreich zu bauen. Fast muß man der ÖVP Glauben schenken, die in mehreren Mitteilungen, auch von seiten des Bundeskanzlers, immer wieder erklärt, daß für das Nichtzustandekommen des Baues von Ybbs-Persenbeug andere Ursachen vorhanden sind. Der Bundeskanzler Raab hat offen gesagt, daß dafür strategische Ursachen vorhanden sind. Ich glaube aber, daß wir als Niederösterreicher uns nicht damit abfinden können, daß man uns hinsichtlich des Baubeginnes von Ybbs-Persenbeug von Monat zu Monat, von Vierteljahr zu Vierteljahr vertröstet. Ich bin der Meinung, daß, wenn der Minister Waldbrunner nicht bereit ist, dieses Kraftwerk zu bauen, das zweite Verstaatlichungsgesetz zu keinem Hemmnis für den Bau von Ybbs-Persenbeug werden darf. Wenn die Verbundgesellschaft hierzu nicht bereit ist, müssen sich meiner Meinung nach Wien und Niederösterreich zusammenschließen, um gemeinsam dieses entscheidende Werk zu errichten. Ich erlaube mir, dazu auch den entsprechenden Antrag zu stellen (*liest*):

„Um eine rasche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Niederösterreich zu ermöglichen, wird die Landesregierung aufgefordert, vom Bund die sofortige Inangriffnahme der Bauarbeiten beim Donauwerk Ybbs-Persenbeug zu verlangen und im Falle des Unvermögens des Bundes, diese Forderung zu erfüllen, die Errichtung einer Interessengemeinschaft mit der Gemeinde Wien zur Weiterführung des Baues anzustreben.“

Damit können wir einen wirksamen Beitrag zur Arbeitsbeschaffung und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Niederösterreich leisten.

Wenn wir von Ybbs-Persenbeug sprechen, dann will ich auch einige Worte zu den Kampptalwerken sagen, die von der NEWAG errichtet werden. Wir, die Opposition, haben uns seit eh und je für alle positiven Vorschläge zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgesprochen und diesen Vorschlägen zugestimmt. Wir haben deshalb von allen Anfang an die Errichtung der Kampptalwerke in Niederösterreich unterstützt, die heute das größte Bauvorhaben in Niederösterreich darstellen. Wir haben aus den Erwägungen der Arbeitsbeschaffung und sonst aus keinem anderen Grunde auch dem zugestimmt, daß das Land die Haftung für einen von der NEWAG aufzunehmenden Kredit von 300 Millionen Schilling übernimmt. Wir haben dabei ganz dezidiert erklärt, daß uns an der Geschäftsführung der NEWAG eine Reihe von Dingen nicht paßt. Aber heute wird gerade von sozialistischer Seite es so darzustellen versucht, als ob sie die Kämpfer gegen die Geschäftsmethoden der NEWAG wären und wir so eine stille Koalition mit der Volkspartei eingegangen wären. (*Landesrat Brachmann: Es scheint so.*) Frag einmal den Popp, wie es war, als ich in der NEWAG gegen deren Geschäftsmethoden, ganz gleich, ob es sich um das Amstettner Werk oder um die Strompreiserhöhung oder um Finanzierungsfragen gehandelt hat, aufgetreten bin, und wer mir dort entgegengetreten ist! Sowohl der Landesrat Müllner als auch Landeshauptmannstellvertreter Popp sind die Verteidiger der Geschäftsmethoden der NEWAG gewesen, letzterer unterstützt von seinem Adlatus, dem Vizepräsidenten Schneidmadl, der auch in der NEWAG sitzt! Man sieht, daß die tatsächlichen Dinge einfach verdreht, auf den Kopf gestellt werden, um durch die Verdrehung der Tatsachen die Menschen hinters Licht zu führen und um politisches Kapital daraus zu schlagen. Ich habe das deswegen gesagt, weil die Haltung der SPÖ im Landtag in der Frage der Landeshaftung für den 300-

Millionen-Schilling-Kredit der NEWAG, bei der es unter anderem auch um die Sicherung von Arbeitsplätzen gegangen ist, nicht verständlich war, denn man kann die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Sicherung der Beschäftigung nicht von anderen Bedingungen abhängig machen. Das sind hier zwei durchaus voneinander getrennte Teile. Im Vordergrund steht der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, das andere muß dort durchgekämpft werden, wo dafür der Platz ist, nämlich im Aufsichtsrat der NEWAG. Ich habe das alles auch deswegen gesagt, weil es ein Beispiel dafür ist, wie man leichtfertig Politik macht und die Zeche dann die Arbeiter bezahlen läßt.

Nun zur Frage der USIA-Betriebe. Die USIA-Betriebe, das steht eindeutig fest, sind eine Frage des Staatsvertrages. Ob man sie will oder nicht, das ist vollkommen unabhängig davon. In diesen Betrieben arbeiten österreichische Arbeiter, sie haben dort ihre Beschäftigung. Nun war es gerade die SPÖ — ich empfinde das geradezu als beschämend —, die Partei, die sich Arbeiterpartei nennt, obwohl schon Bürgerliche bei ihr einen Einfluß haben, die die Hetze gegen die USIA-Betriebe eingeleitet und verlangt hat: Boykott der USIA-Betriebe, Zugrunderichten der USIA-Betriebe! Ja, wen hätten Sie denn damit getroffen, wenn der Boykott eingetreten wäre? Die Sowjetunion, glaube ich, hält ihn aus, getroffen hätten Sie nur die österreichischen Arbeiter, die in den USIA-Betrieben beschäftigt sind, denn Sie haben gleichzeitig mit Ihrer Aufforderung zum Boykott überhaupt nichts unternommen, um durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze wenigstens Ausweichmöglichkeiten zu schaffen.

Heute ist in der „Arbeiter-Zeitung“ — wahrscheinlich angepaßt für die heutige Landtagssitzung — eine Nachricht erschienen, daß die Krupp-Werke Berndorf über Vorschlag des Ministers Waldbrunner verstaatlicht werden sollen. Wir sind dafür, aber nicht so, wie es Waldbrunner vorschlägt, daß nämlich nur 500 Arbeiter dort beschäftigt werden, wo doch heute dort 850 Arbeiter beschäftigt sind. Das würde bedeuten, daß um 350 Arbeiter weniger beschäftigt würden. Zu den 850 kommen aber noch 450, die in der Autoreparaturwerkstätte beschäftigt sind. (*Zwischenrufe links.*) Das stimmt, das sind die Zahlen von heute, wenn auch der Bürgermeister von Berndorf das nicht weiß. Damit der Landtag sich ein Bild über diesen Betrieb, der heute insgesamt 1300 Leute beschäftigt, machen kann, will ich die Vergleichszahlen nennen: 1929 bis 1933 waren dort 700 Leute beschäftigt, 1937 800, heute sind es 1300. Wir sind dafür und werden alles unterstützen, daß

dort zusätzlich zur jetzigen Produktion eine Produktion kommt, die für weitere 500 Arbeiter Beschäftigungsmöglichkeiten bietet. Aber wir haben so das Gefühl beim Waldbrunner, daß es sich ihm nicht um die Arbeitsbeschaffung handelt, sondern um ein Manöver, denn bei Ybbs-Persenbeug hätte er uns zeigen können, wieviel Arbeitskräfte er dort beschäftigen will.

Wenn man in der „Arbeiter-Zeitung“ von abgewirtschafteten Betrieben schreibt, dann denke ich immer an Ternitz. Ich habe das Gefühl, wenn der Waldbrunner seine Politik weiter betreibt, werden wir in Ternitz bald so weit sein, daß wir abbauen, abbauen und wieder abbauen, weil der Waldbrunner mit seiner Politik, die dort betrieben wird, keine Gewähr für die Sicherung der Arbeitsplätze gibt. Ich will in diesem Zusammenhang noch darauf hinweisen, daß gerade in der Berndorfer Metallwarenfabrik im Triestingtal die Situation deswegen unterschiedlich von allen anderen Betrieben ist — man soll hier nicht mit falschen Zahlen operieren —, weil es sich hier zu einem Großteil um einen Rüstungsbetrieb schon vor dem Kriege gehandelt hat, der in normalen Wirtschaftszeiten immer nur einen Bruchteil der Arbeiter hatte, die er zu Kriegszeiten beschäftigte. Ich erwähne das nur, weil hier schon einige Male vom Bürgermeister Nimetz darauf hingewiesen worden ist, wie viele Tausende Menschen dort beschäftigt waren. Das war aber nur während des Krieges, da hat man die ganzen Fremdarbeiter, die Sklaven, die hergebracht worden sind, miteinbezogen. Die Zahl aber, die ich Ihnen gesagt habe, zeigt Ihnen, wie es dort wirklich ausschaut. Von österreichischer Seite aus ist alles unternommen worden, um die Produktion, die in Berndorf vorhanden war, nämlich die Besteckproduktion, umzubringen und damit österreichische Arbeiter um ihren Arbeitsplatz zu bringen. Ich habe einen Brief von einem Importeur aus Oslo vor mir, der früher aus Berndorf Bestecke bezogen hat. Er schreibt an die Berndorfer Metallwerke neben anderen allgemeinen Feststellungen (*liest*): „Man teilt mit, daß im ersten Halbjahr 1952 eine Importquote von 200.000 norwegischen Kronen zum Import von Eßbestecken aus Österreich freigestellt ist. Die Hälfte des Betrages, der freigegeben ist, soll das Reliefkreditabkommen mit Österreich belasten. Von österreichischer Seite (Behörden) ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß die Waren über das Reliefkreditabkommen möglichst unter folgenden Lieferanten mit jedem Viertel vereinbart werden: Hackwerke, Steyr; Pils & Söhne, Steinbach; Neuzeughammer, Neuzeug-Steyr; Schütz & Patry,

Wien. Die österreichischen Behörden haben sich indes dazu willig gezeigt, auch zu erwägen, anderen Exporteuren Exportlizenzen zu übergeben, falls dies rücksichtlich alter Verbindungen oder preismäßig wünschenswert ist.

„Dieses Rundschreiben“, so schreibt dieser Norweger, „ist eine prima Reklame für die genannten Firmen, denn ohne Zweifel wird doch die andere Hälfte des Einkaufes auch den genannten Firmen übergeben werden.“

Man hat hier also den „Wunsch ausgesprochen“, Berndorf soll nichts bekommen, man hat hier alles getan, um zu verhindern, daß niederösterreichische Arbeiter Beschäftigung finden.

Wir sind hier beisammen, um über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu beraten. Ich glaube aber, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muß aus mehr bestehen, als aus dem gegenseitigen Beizichtigen der beiden Regierungsparteien über deren Schuld an der Arbeitslosigkeit. Es muß vielmehr so weit kommen, daß im Interesse Niederösterreichs, im Interesse der niederösterreichischen Arbeitslosen von beiden Regierungsparteien bei ihren Ministern, die sie zu gleichen Teilen haben, alles darangesetzt wird, damit die Benachteiligung Niederösterreichs beseitigt wird. Darüber hinaus muß eine gründliche Überlegung angestellt werden, wie man den Inlandsmarkt stärken kann. Beginnen wir also mit dem Kampf gegen die Benachteiligung unseres Bundeslandes und beginnen wir, eine Politik zu führen, die uns allen heute naheliegt, eine Politik der wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit!

Ich erlaube mir, zum Schluß noch folgenden Antrag zu stellen (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Um die entsprechenden Mittel für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Niederösterreich freizumachen, wird die Landesregierung aufgefordert, bei der Bundesregierung unverzüglich alle möglichen Schritte zu unternehmen, die die Benachteiligung Niederösterreichs bei der Verteilung der Mittel aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds und dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, bei der Übernahme von Landesstraßen in die Bundesverwaltung, bei der Bemessung des Beitrages zum Aktivitätsaufwand für die Lehrer und auf zahlreichen anderen Gebieten beenden.“

PRÄSIDENT SASSMANN: Herr Abgeordneter, ich muß Ihnen zur Kenntnis bringen, daß nach § 27, letzter Absatz der Geschäftsordnung, bei der Beratung über die Beantwortung einer Anfrage nur die Möglichkeit besteht, den Antrag zu stellen, die Beantwor-

tung zur Kenntnis zu nehmen oder nicht zur Kenntnis zu nehmen. Ihre drei Resolutionsanträge sind daher für die heutige Sitzung illusorisch.

Als nächsten Redner erteile ich Herrn Abg. Hainisch das Wort.

Abg. HAINISCH: Hoher Landtag! Es ist vielleicht nicht allgemein bekannt, daß im Baugewerbe dann, wenn der Boden tiefer als 10 cm gefroren ist, die sogenannte Felszulage bezahlt werden muß, das heißt, daß die Arbeiten so entlohnt werden müssen, als ob sie im gewachsenen Fels, im Gestein durchgeführt würden. Ich glaube, es steht außer Streit, und das braucht von mir nicht sonderlich unter Beweis gestellt zu werden, daß Arbeiten im gewachsenen Fels viel langsamer vorwärtsschreiten als Erdarbeiten unter normalen Bedingungen.

Es bestehen, glaube ich, auch keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß die Mittel, die vom Bund und von den Ländern bisher für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Verfügung gestellt werden konnten, obwohl es sich dabei um Millionenbeträge handelt, immer viel zu klein und viel zu gering waren, um alle Wünsche, die auf diesem Gebiet offen sind, zu erfüllen. Es wäre daher von rein wirtschaftlichem Standpunkt aus nicht zu verantworten, diese Mittel, die schon unter normalen Bedingungen zu gering sind, um alles das durchführen zu können, was notwendig ist, dann einzusetzen, wenn infolge der Witterungsverhältnisse eine normale Arbeitsmöglichkeit nicht gegeben ist.

Die Zusammenfassung der beiden Komponenten — Felszulage auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Tatsache, daß die Arbeit viel langsamer vorwärtsschreitet — bedingt, daß mit denselben Mitteln unter den jetzigen ungünstigen Witterungsverhältnissen nur ein Viertel der Arbeit geleistet werden könnte, die unter normalen Verhältnissen durchführbar ist, die Arbeit also praktisch viermal so teuer wäre. Das wäre nicht nur vom wirtschaftlichen Standpunkt aus nicht zu vertreten, sondern es ist meiner Ansicht nach auch vom sozialen Standpunkt, vom rein menschlichen Standpunkt aus gesehen, unverantwortlich, die Menschen bei dieser Kälte, bei dieser Temperatur ins Freie hinauszujagen und sie zu zwingen, dort stundenlang auszuharren und ihre Gesundheit aufs Spiel zu setzen. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*) Das, meine sehr verehrten Herren, wäre zweifellos kein Akt der Menschenfreundlichkeit, sondern das wäre eine Menschenschinderei. (*Neuerliche Zu-*

stimmung bei der ÖVP.) Ich bin überzeugt, wenn der Herr Oskar Pollak, der Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, einmal acht Tage lang draußen auf der Straße bei solchen Temperaturen selber arbeiten müßte, würde er ganz andere Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“ schreiben, als er das jetzt tut. (*Rufe bei der ÖVP: Sehr richtig!*) Im übrigen kann ich feststellen, daß die Arbeiter selber es ablehnen, bei diesen Witterungsverhältnissen draußen zu arbeiten. Es ist mir die Mitteilung eines großen Bauunternehmers in Niederösterreich zugekommen, der wegen dieser schlechten Witterungsverhältnisse einige seiner Baustellen stilllegen mußte und infolgedessen gezwungen war, einen Teil seiner Arbeiter zu entlassen. Er hat mir gesagt, daß er sich tagelang den Kopf darüber zerbrochen hat, wen von seinen Arbeitern er entlassen soll, weil sie ihm alle lieb und wert sind und weil er keinem Unrecht tun und keinen hart treffen wollte. Er hat infolgedessen in seinem Betrieb eine Rundfrage veranstaltet und die Arbeiter gefragt, wer sich freiwillig meldet, um jetzt auf einige Wochen aus dem Arbeitsprozeß auszuschneiden, bis sich wieder bessere Witterungsverhältnisse ergeben. Und er war ganz überrascht, daß sich nicht nur so viele gemeldet haben, als er entlassen mußte, sondern daß sich der ganze Betrieb bereit erklärt hat, jetzt zu pausieren; die Arbeiter erklärten, daß sie gar kein Interesse daran hätten, ihre Gesundheit bei solchen Witterungsverhältnissen aufs Spiel zu setzen.

Meine Herren, in diesem Zusammenhang muß auch einmal ganz offen darüber gesprochen werden, was der Abg. Wenger gesagt hat, der wieder mit der Not der jetzt arbeitslos gewordenen Bauarbeiter — ich muß schon sagen — ein wenig Schindluder getrieben hat. Die Bauarbeiter — das ist Ihnen bekannt — sind als Saisonarbeiter seit jeher besser bezahlt gewesen als die Arbeiter vieler anderer Berufssparten. Das war auch richtig und in Ordnung, und zwar deshalb, weil die Bauarbeiter bis vor kurzem nicht im Bezug der Arbeitslosenunterstützung gestanden sind, sie daher während der Zeit ihrer Saisonarbeit soviel verdienen mußten, um sich etwas ersparen zu können, damit sie die arbeitslosen Wintermonate überstehen konnten. Nun sind die Bauarbeiter seit kurzer Zeit aber auch in den Bezug der Arbeitslosenunterstützung eingetreten, und kein Bauarbeiter braucht deshalb wirklich in Sorge zu sein, daß er die wenigen Wochen einer witterungsbedingten Arbeitslosigkeit in Not gerät.

Meine sehr verehrten Herren, ich habe Verständnis dafür, daß eine politische Partei, speziell in einem Wahljahr, wie wir es heuer

wieder haben, alle Chancen, die sich ihr bieten, ergreift, um die öffentliche Meinung in ihrem Sinn zu beeinflussen, um dadurch dann am Wahltag einen möglichst großen Erfolg zu erreichen. Ich habe aber kein Verständnis dafür und muß es gerade als unverantwortlich bezeichnen, daß... (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Fröhliche Weihnachten!*) Sie sind erst bei Weihnachten? Wir sind schon im neuen Jahr, Sie sind etwas zurückgeblieben, glaube ich. Ich habe Verständnis dafür, habe ich gesagt, daß eine politische Partei Wahlpropaganda betreibt, aber ich habe kein Verständnis dafür, daß sie gerade mit der Arbeitslosigkeit ein demagogisches, politisches Spiel betreibt und effektiv unwahre Ziffern in die Öffentlichkeit hinausposaunt, nur zu dem einzigen Zweck, um die öffentliche Meinung in ihrem Sinn umzufärben.

Es hat schon mein Vorredner, der Abgeordnete Dubovsky, davon gesprochen, daß es dort, wo (*zu den Sozialisten gewendet*) Ihre Parteifreunde die Möglichkeit haben, die Arbeitslosigkeit entscheidend zu beeinflussen — so im Königreich des Herrn Waldbrunner —, Arbeitsmöglichkeiten gibt, die nicht ausgenützt sind. Ich will nicht das wiederholen, was der Abg. Dubovsky von Ternitz und Ybbs-Persenbeug usw. gesagt hat, ich darf Sie aber fragen, warum z. B. Ihr Präsident Wondrak in seiner Eigenschaft als Bürgermeister von Stockerau den Bau eines Gemeindewohnhauses sofort eingestellt hat, als es jetzt kalt geworden ist. Ich darf dieselbe Frage an Sie richten, warum der Bürgermeister in Wr. Neustadt, Werndl, das gleiche getan hat. Ich darf Sie weiter fragen, warum die Stadt Wien die Erdarbeiten in der Wattgasse, als es zu frieren begonnen hat, sofort unterbrochen hat. Dies alles deswegen, weil eben auch Ihre Funktionäre dort, wo sie als Unternehmer auftreten, wissen, daß die Mittel, die ihnen zur Verfügung stehen, sehr beschränkt sind, und weil sie wissen, daß sie mit diesen beschränkten Mitteln die weitaus größte Arbeitsleistung herausholen müssen, um ihren Verpflichtungen wirklich nachkommen zu können. Die Bereitstellung der 233 Millionen Schilling, von denen Ihnen der Herr Landeshauptmann gesagt hat, daß sie sofort eingesetzt werden, wenn die Witterungsverhältnisse besser werden und die Kältewelle nachläßt, wird es ermöglichen, die Arbeiten an vielen hunderten Baustellen gleichzeitig beginnen zu können. Dadurch wird auch die Arbeitslosigkeit rapid herabsinken, so daß man wohl voraussagen kann, daß es schon im zeitlichen Frühjahr des heurigen Jahres in Niederösterreich kaum

mehr einen Arbeitslosen — bis auf einige wenige — geben wird, der dann keine Arbeit bekommen könnte, wenn er wirklich arbeitswillig ist. Die Bereitstellung dieser 233 Millionen Schilling war wirklich eine Tat! Diese Tat war zweifellos mehr wert, als die vielen Worte, Resolutionen und Dringlichkeitsanträge, die von Ihrer Seite gekommen sind, die aber bisher noch keinem Arbeitslosen auch nur einen Schilling eingetragen haben. Diese Tat, meine Herren, hat nicht die SPÖ, sondern die Österreichische Volkspartei gesetzt! (*Beifall rechts.*) Das soll auch wieder einmal mit aller Deutlichkeit und in aller Öffentlichkeit festgestellt werden. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Nimetz.

Abg. NIMETZ: Hoher Landtag! Trotz oder vielleicht wegen der rosenroten Schilderung der Lage auf dem Arbeitsmarkt in Niederösterreich durch den Herrn Landeshauptmann sowie durch den Herrn Vizepräsidenten Endl sehe ich mich veranlaßt, die Aufmerksamkeit des Hohen Landtages auf die Arbeitslosigkeit im Bezirk Baden und speziell im Triestingtal zu lenken. Beim Arbeitsamt Baden waren Ende Dezember 1953 5221 Arbeitslose gemeldet, Ende Jänner 1954 waren es 6120 Arbeitslose, davon sind allein im Triestingtal 2114 Unterstützungsbezieher. Im Dezember 1953 waren es 4472, im Jänner 1954 aber 5449, also in diesem Monat ein Mehr von 968 Arbeitslosen oder 22 Prozent.

Ich glaube nicht, daß jemand behaupten kann, daß die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Baden so rosig ist, wie sie uns für ganz Niederösterreich geschildert wurde. Zu den genannten vielen Arbeitslosen kommen noch zirka 3000 Kurzarbeiter. Ich glaube, es ist nicht notwendig, daß ich die Lage der Kurzarbeiter näher schildere, sondern ich will nur sagen, daß der Kurzarbeiter eigentlich für sich nicht mehr an Lohn bekommt, als die Arbeitslosen an Unterstützung. Der Umstand, daß im Bezirk Baden 3000 Kurzarbeiter vorhanden sind, trägt selbstverständlich zur Verschärfung der Arbeitslosenfrage in diesem Bezirk wesentlich bei. Es ist daher unverständlich, daß Arbeiten, welche von seiten des Landes in Angriff genommen wurden, eingestellt worden sind. Diese Arbeiten wurden aber nicht etwa wegen des Eintrittes der kalten Witterungsperiode eingestellt, sondern schon lange vorher. Ich möchte den Herren Abgeordneten der Mehrheitspartei versichern, daß auch wir dafür Verständnis haben, daß man bei 15 oder 20 Grad Kälte im Freien

nicht arbeiten kann. Auch wir haben also dafür Verständnis, wir haben aber kein Verständnis dafür, daß man schon im November und Dezember Straßenarbeiten, Regulierungsarbeiten, Wasserleitungsarbeiten usw. eingestellt hat. In einem Fall, wo schon die Gemeinden ihren auf sie entfallenden Anteil für Wasserleitungsarbeiten geleistet haben und nur noch die Landes- und Bundeszuschüsse ausständig waren, wurden auch diese Wasserleitungsarbeiten eingestellt. Man kann sich also jetzt nicht immer mit der Kälte ausreden, denn die Kälte ist ja erst um den 15. Jänner herum eingetreten, während die Arbeiten, wie ich schon gesagt habe, bereits im Oktober und November vorigen Jahres eingestellt wurden.

Ich glaube, Sie müssen zugeben, daß die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Bezirke Baden, hauptsächlich im Triestingtal, katastrophal ist, im Triestingtal hauptsächlich deswegen, weil dort viele Arbeiter nicht erst seit heuer oder seit vorigem Jahr oder seit einigen Jahren arbeitslos sind, sondern weil die Arbeitslosigkeit im Triestingtal schon auf das Jahr 1945 zurückdatiert. Man muß daher verstehen, daß Menschen, die schon neun Jahre diese große Not mitmachen, verzweifelt sind, und ich kann gar nicht verstehen, daß die Abgeordneten der Mehrheitspartei dafür nicht mehr Verständnis aufbringen. Ich glaube, Sie können sich in die Verfassung dieser Menschen einfach nicht hineinleben. Ich möchte daher bitten, daß bei Arbeitsvergebungen, bei der Arbeitsbeschaffung das Triestingtal ganz besonders berücksichtigt wird.

Warum ist das Triestingtal gar so schlecht bestellt? Im Triestingtal war die Berndorfer Metallwarenfabrik die Arbeitgeberin, nicht nur der Arbeiter von Berndorf, sondern auch der Arbeiter vieler umliegender Gemeinden. Seit dem Jahre 1945 arbeitet nur noch zirka ein Viertel von dem früheren Arbeiterstand. Heute müssen 900 Menschen von Berndorf wegfahren und sich auswärts ihr Brot verdienen. Wir müssen froh sein, daß die Arbeiterschaft von Berndorf so hoch qualifiziert ist, daß sie auch in Wien ohne weiteres Arbeit gefunden hat. Es müssen aber alle auch dafür Verständnis haben, daß mit dieser Arbeit dem Arbeiter eigentlich sehr wenig geholfen ist, denn er muß um 5.15 Uhr von zu Hause wegfahren und kommt erst wieder um 18.45 Uhr oder um 19.30 Uhr nach Hause zurück. Bei bezahlten acht Arbeitsstunden ist er 12, 13, ja sogar 14 Stunden unterwegs, in der Arbeit und auf der Bahn.

Daher haben wir Triestingtaler und hauptsächlich die Berndorfer, trotz der pessimi-

stischen Stellungnahme des Herrn Abgeordneten Dubovsky, eine Freude darüber gehabt, daß sich der Ministerrat mit der Lage in Berndorf und im Triestingtal befaßt hat. Wir freuen uns darüber, daß es zu Verhandlungen darüber kommen soll, so ähnlich wie über das Projekt Ybbs-Persenbeug, daß die Berndorfer Metallwarenfabrik zum Teil oder zur Gänze vom Bund übernommen wird. Wir sind überzeugt, daß bei dem Arbeitsprogramm, das anlässlich der Mitteilung über die angeblichen Verhandlungen angegeben wurde, in Berndorf in kürzester Zeit ein Arbeiterstand, wie er früher war, erreicht werden kann, ja daß darüber hinaus in den nächsten Jahren eine entsprechende Erhöhung des Arbeiterstandes eintreten wird.

Ich glaube schon, daß ich im Interesse der Berndorfer und der Triestingtaler spreche, wenn ich erkläre, daß wir froh darüber sind, daß sich der Ministerrat mit dieser Sache beschäftigt, und wir haben nur den einen Wunsch, daß dieses Projekt im Interesse der so schwer leidenden Bevölkerung dieser Stadt und dieses Tales Wirklichkeit wird.

Ich bitte daher, zur Kenntnis zu nehmen, daß wir, die Sozialistische Fraktion, uns vorbehalten, einen damit in Zusammenhang stehenden Antrag einzubringen. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich erteile Abg. Er ne c k e r das Wort.

Abg. ERNECKER: Hohes Haus! Bevor ich einige sachliche Richtigstellungen vornehme, möchte ich auf einen Zwischenruf zurückkommen, den der Abg. Staffa anlässlich der Rede des Herrn Präsidenten Endl gemacht hat. Er hat einen unserer führenden christlichen Gewerkschafter, unseren Kollegen Cipin, auf das ärgste beleidigt, als er ihn in diesem Zwischenruf als den „Herrn Adabei“ bezeichnete. *(Heiterkeit bei den Sozialisten.)* Lacht nur, liebe Freunde von der Sozialistischen Fraktion! Wenn man 25 Jahre Gewerkschaftler ist und treu zur Gewerkschaft steht, muß man sich so etwas gefallen lassen? Das hat so richtig gezeigt, wie ihr innerlich denkt. Ich weise das zurück, das war eine Beleidigung nicht nur des Kollegen Cipin, sondern eine Beleidigung unserer christlichen Gewerkschaftsfraktion! *(Ruf bei der SPÖ: Das hat ja der Präsident selber gesagt, das vom „Adabei“!)*

Hohes Haus! Sie werden mir wohl gestatten, daß ich, wenn schon vom Herrn Präsidenten Wondrak so ironisiert wurde: „Auf deine Rede wartet man schon!“, hierzu sage: Jawohl, Herr Präsident Wondrak, wenn

man 30 Jahre in der sozialen Bewegung steht und Leiter eines Arbeitsamtes ist, dann werden Sie es mir auch zumuten, daß ich einige Sachen vorbringe. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Zubilligen!*) Ob Sie nun neugierig sind auf meine Rede oder nicht, das interessiert mich gar nicht!

In der letzten Zeit war es schon sehr interessant, was alles gesprochen wurde und was man alles in der „Arbeiter-Zeitung“ lesen konnte. So viel Unsinn auf einmal ist wirklich zuviel: „Bagatellisierung der Arbeitslosigkeit durch die ÖVP“, „Die ÖVP bleibt blind gegenüber der Arbeitslosigkeit“, „Mutwillige Einstellung der Arbeiten durch die niederösterreichische Landesregierung“, „Verlagerung der Betriebe aus Niederösterreich, die ÖVP ist schuld“, „65.000 Arbeitslose“ — bitte, das kann ein Irrtum sein, es waren tatsächlich nur 56.000 — „Aus wahlpropagandistischen Gründen wird jetzt nichts gemacht, das Geld wird zurückbehalten und erst vor den Wahlen ausgegeben“, „Die ÖVP treibt ein frivoles Spiel mit den Arbeitslosen“. Man hat sich von einem Tag auf den anderen selbst übertroffen. Ist diese Schreibweise nicht zum Lachen, Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp, nach all dem, was wir aus der Rede unseres Landeshauptmannes gehört haben, daß sich unsere Partei wirklich bemüht hat, der Arbeitslosigkeit zu steuern?

Und dann, Hohes Haus, hat die „Arbeiter-Zeitung“ am 27. Jänner einen Auszug aus einer Rede des Herrn Horr gebracht, die er bei einer Sitzung gehalten hat. Da hat Herr Gewerkschaftssekretär Horr, jetzt Nationalrat, erklärt, daß Flußregulierungsarbeiten nicht vom Wetter abhängen, im Gegenteil, die meisten Regulierungsarbeiten würden im Winter durchgeführt. Ich werde darüber noch sprechen. Die Landesregierung habe aber viele dieser Arbeiten mutwillig eingestellt, die Verantwortlichen für die Arbeitslosigkeit in Niederösterreich seien einzig und allein in der Landesregierung zu suchen. Horr hat also gesagt, diese Flußregulierungsarbeiten hätten jetzt alle durchgeführt werden können.

Der Präsident der niederösterreichischen Arbeiterkammer, Herr Fuchs, sagte, wie es in der „Arbeiter-Zeitung“ weiter heißt: Der Winter des Vorjahres war für den niederösterreichischen Arbeiter ein Katastrophewinter — und heuer sind noch mehr Arbeitslose bei den Bauarbeitern.

Über diese Äußerungen werde ich Ihnen gegenteilige Beweise bringen.

Interessant, Hohes Haus, ist noch eine Notiz vom selben Tag: „Wien schafft Arbeit auch im Winter.“ Da wird geschrieben:

„Natürlich kann das bei Außenarbeiten nur in solchen Fällen erfolgen, bei denen die Witterung die sofortige Ausführung zuläßt.“ Also so bei der Gemeinde Wien.

Darf ich nun auf das Baugewerbe selbst zu sprechen kommen. Wie war die Situation im Dezember 1952, Jänner 1953 und wie ist sie heuer? Ich will darüber berichten, wie sie in meinem Bezirk, im Schwechater Bezirk, war. Wir haben im Vorjahr gegenüber dem heurigen Jahr einen milden Winter gehabt. Auf die Beschäftigung in der Industrie will ich mich nicht näher einlassen, wir haben eine gutbeschäftigte Industrie, sei es die Brauindustrie oder die Textilindustrie, zum Teil auch die Metallindustrie. Ich will nur von den saisonbedingten Berufsgruppen, wie es eben das Baugewerbe und das Baunebengewerbe ist, sprechen. Wir hatten in meinem Bezirk große Arbeiten der Gemeinde Wien für die Schwechatregulierung. Die Schwechatregulierung wurde im Vorjahr den ganzen Winter hindurch weitergeführt, von Schwechat gegen Rannersdorf hinaus. Den ganzen vorigen Winter hat man arbeiten können, weil es nie 12 Grad Kälte gehabt hat. Und heuer? Heuer sind die Arbeiter zu uns gekommen und haben gefragt, ob sie die Unterstützung bekommen, wenn sie die Arbeit stehenlassen. Ich habe ausdrücklich gesagt ja, denn bei dieser Kälte ist es unmöglich, zu arbeiten. Die Firma Kauf, die die Arbeit durchführt, ist auch zu uns gekommen und hat gesagt, es ist ausgeschlossen, daß sie bei dieser Kälte auf die Dauer weiterarbeiten kann. Mir haben diese Arbeiter leid getan, deren Füße in den Gummistiefeln gefroren waren. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Das kann man den Leuten nicht zumuten. (*Landesrat Stika: Wann war das?*) Vor zirka 14 Tagen. Die Firma Kauf ist gekommen und hat gesagt: Herr Amtsrat, schauen Sie sich das an, der Steinwurf hat sich gehoben, die ganze Rasenplatte auch. Das ist doch mein Geld; die Gemeinde Wien verlangt von mir, daß ich alles das wieder in Ordnung bringe. — Dasselbe war auch der Fall bei der Liesingbachregulierung in Rannersdorf. Man hat voriges Jahr bei Kältegraden das Erdreich angeschüttet, und dann hat sich das ganze gefrorene Erdreich am Damm gehoben, und die Baufirma Wöhrl, die das durchgeführt hat, mußte heuer auf eigene Kosten das noch einmal durchführen. Wir sehen, daß sich der Schaden nicht nur auf die Arbeiterschaft auswirkt, wie schon der Abg. Hainisch gesagt hat, sondern auch auf die Firmen. Es fehlt den Arbeitern draußen an entsprechender Bekleidung und Schuhwerk. Ja, wenn die Arbeiter bei den Flußregulierungen das alles hätten, was die

Arbeiter bei der Gemeinde Wien bei der Straßenbahn haben, wo jeder Straßenbahnschienenritzenkratzer, wie es einmal hieß, seinen Pelzmantel, Pelzstiefeln, Pelzhaube und Fäustlinge hat, dann könnten sie auch bei 15 Grad Kälte draußen sein, aber solange wir ihnen das nicht geben können, geht es nicht. Es ist daher ein Unsinn, wenn man schreibt: Flußregulierungen können jetzt im Winter auf jeden Fall durchgeführt werden. Es ist unrichtig, was Herr Horr gesagt hat. Wissen Sie, was die Arbeiter draußen gesagt haben: Ja, die sollen selber kommen, die Gewerkschaftssekretäre, wie sie alle sind, und sollen bei dieser Kälte arbeiten. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Und das sagen uns die Leute nicht zu Unrecht. Vom grünen Tisch und von der warmen Stube aus schauen die Dinge ganz anders aus. Innerlich werden Sie sich denken, ja der Ernecker hat recht. Man muß aber offen sein und eingestehen, wenn man einen Fehler gemacht hat. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Bis zum neuen Jahr hat es weder Schnee noch Kälte noch andere Ursachen zur Einstellung der Arbeit gegeben; davon ist hier die Rede!*) Wollen Sie die Zahl der Arbeitslosen im Baugewerbe wissen? Im Dezember und Jänner vorigen Jahres war bei uns ein Höchststand von 1644 Personen, die in Unterstützung standen! Das war am 31. Dezember! Heuer, am 31. Dezember, war bei uns der Höchststand 1552 Personen, es waren also weniger. Im Jänner des vorigen Jahres hatten wir beim Arbeitsamt Schwechat im Baugewerbe einen Zugang von 305 unterstützten Personen und heuer haben wir einen solchen von 560 Personen! Sie sehen daraus, daß heuer, als die Kälte nach den Heiligen Drei Königen eingesetzt hat, alle Arbeiten — auch alle Hochbauten der Gemeinde Wien — rapid eingestellt werden mußten. In der „Arbeiter-Zeitung“ steht aber, daß die Gemeinde Wien noch 13.000 Leute im Baugewerbe beschäftigt. Ja, wenn die Großbauten einmal eingeglast und halbwegs fertig sind, dann läßt sich in diesen Bauten ja noch zur Not arbeiten. Ob sie aber auch heute noch diese 13.000 Arbeiter eingestellt hat, will ich bezweifeln. Gegenüber dem Vorjahre ist im Bezirk Schwechat die Zahl der Arbeitslosen nur um 124 Personen höher als im Vorjahre. Dafür ist das Baugewerbe ausschlaggebend.

Wir haben auch eine große Frauenarbeitslosigkeit. Bei uns in Schwechat stehen 1218 arbeitslosen Männern 894 arbeitslose Frauen gegenüber. Ich will nicht weiter darüber reden, wie es bei den Frauen zu diesem großen Arbeitslosenstand gekommen ist, inwieweit er echt und inwieweit er unecht ist. Sie wissen es ja aus Ihrem eigenen Bezirk. Die Leute

gehen zum Betriebsleiter und bitten, daß sie wenigstens 20 Wochen beschäftigt werden, und der Betriebsleiter sagt ja. Dadurch erhöht sich natürlich der Stand der unterstützungsberechtigten Arbeitslosen. Schauen Sie, Herr Kollege Wenger, war die Gewerkschaftsunterstützung nicht immer von der Vormerkung im Arbeitsamt abhängig? Selbstverständlich haben die Gewerkschaften recht gehabt, um so eine Kontrolle zu haben. Da kommt einer einmal im Monat stempeln, der gar kein Interesse an einer Arbeit hat. Das ist besonders bei den jungen Arbeitern oder bei den Frauen der Fall, sie kommen einfach stempeln, um der Arbeitslosenunterstützung nicht verlustig zu werden. Die zweite Sache betrifft den Steuerausgleich. Das Finanzamt verlangt, wenn jemand um den Steuerausgleich kommt, daß er die Meldung vom Arbeitsamt mitbringt. Das wissen die Leute, und es gibt da auch wieder viele, die sich einmal im Monat im Arbeitsamt einfänden, um dem Finanzamt die Meldung vorweisen zu können. Wie ist es aber bei den Jugendlichen über 14 Jahre? Der Vater bekommt die Kinderbeihilfe nur dann für seine Kinder, wenn er für sie zu sorgen hat; wenn ein Kind aber über 14 Jahre alt ist, bekommt er die Beihilfe nur dann, wenn das Kind nicht selbst einer Beschäftigung nachgeht. Jetzt kommen also die Kinder über 14 Jahre zum Arbeitsamt und melden sich dort, weil ja nur dann der Vater die Kinderbeihilfe bekommen kann. Hier haben Sie also auch wieder einen Arbeitslosenkreis. Dazu kommt dann noch der Kreis der Landarbeiter. Sie werden sagen, die Landarbeiter sind noch nicht dabei. Die Landarbeiter werden aber im nächsten Winter anfallen. Es heißt ja im Arbeitslosengesetz, daß jeder, der schon einmal eine Unterstützung bezogen hat, darauf Anspruch hat. Diese Bestimmung greift auf das Jahr 1919 zurück. In Wien besteht ein Zentralamt, wo man feststellen kann, wer seit 1919 jemals eine Unterstützung bezogen hat. Darunter befinden sich aber schon viele Landarbeiter. Ich sage, Gott sei Dank sind schon viele Landarbeiter dabei, damit auch sie über den Winter hinwegkommen können. Das ergibt eben dieses Plus von der Unterstützung zur Vermittlung.

Ich möchte nun zum Schluß kommen und Sie bitten, zu diesen Dingen die ungeschminkte Wahrheit zu sagen. Man muß mit den Gegebenheiten rechnen, und nach diesen war es im Baugewerbe einfach nicht möglich, weiterzuarbeiten. Man kann ja bei der jetzigen starken Kälte doch niemand zur Arbeit hinaustreiben. Die ganze Schreibweise in Ihren Zeitungen war so, als ob man

jetzt die Arbeitslosigkeit bannen soll. Bei Eintritt einer günstigeren Witterung wird natürlich alles zusammenstehen müssen, um Abhilfe zu schaffen. Das ist ja selbstverständlich. Aus diesem Grunde möchte ich an die SPÖ die Bitte richten: Arbeiten wir zusammen, arbeiten wir miteinander und nicht gegeneinander, dann wird es uns auch möglich sein, daß wir bei Eintritt der besseren Jahreszeit wieder vielen unserer arbeitslosen Mitbürger Arbeit und Brot geben können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Worte gelangt Herr Abg. Stangler.

Abg. STANGLER: Hohes Haus! Wir debattieren nun schon einige Stunden über eine Frage, die in den Zeitungen der SPÖ im Laufe der letzten Woche mit einer Gleichförmigkeit an Demagogie immer wieder gebracht wurde. Ich muß feststellen, daß ich nach diesem langen Lamentabel in Ihrer Presse konstruktive Vorschläge zu hören vermisste. *(Abg. GERHARTL: Seit 13. Oktober liegen sie vor!)* Wir haben sehr wenig davon gehört, was Sie hier wirklich an praktischen Vorschlägen aufzuweisen haben. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Dafür ist morgen der Finanz- und Wirtschaftsausschuß einberufen worden.)* Ich wäre sehr froh, wenn das Hohe Forum, einschließlich der Zuhörer, konstruktive Vorschläge gehört hätten. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Ich werde jetzt vor allem auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Wenger eingehen. Der Herr Abgeordnete Wenger hat sich anscheinend darauf verlegt, eine Unrichtigkeit so oft zu behaupten, bis sie vielleicht doch jemand glaubt, und zwar den Vorwurf gegen uns, wir hätten nichts gemacht. Wenn Sie aber auch zehnmal sagen, wir hätten nichts gemacht, so können Sie damit die Ausführungen des Herrn Landeshauptmannes Steinböck nicht entkräften. Eine Lüge bleibt eine Lüge, Herr Kollege Wenger, eine Unrichtigkeit bleibt eine Unrichtigkeit! Herr Kollege Wenger, Sie haben weiter, als Abg. Ernecker auf die günstige Arbeitslage im Bezirk Schwechat hingewiesen hat, gesagt, ja das ist Wiener Arbeitsgebiet! Ja, ja, Herr Abg. Wenger, wenn es gut geht, wird immer schnell Wien angeführt, weil es sozialistisch ist, wenn es aber schlecht geht, wird Niederösterreich gesagt, weil hier die ÖVP in der Mehrheit ist und man dann leichter kritisieren kann. Als wir vorhin erklärt haben, wir sind auch an der Arbeitslage der Randgemeindengebiete interessiert, da haben Sie gesagt, das ist eine niederöster-

reichische Angelegenheit, daher haben wir uns auch darum zu kümmern. Herr Abgeordneter Wenger, in Wirtschaftsfragen muß man klar, nüchtern und sachlich diskutieren und darf nicht immer Demagogie betreiben.

Ich werde noch ein Beispiel bringen. Dreimal Wenger, da kann man sagen ist dreimal Demagogie. Aber darauf komme ich noch zu sprechen. Wir von der ÖVP-Fraktion, haben mit unseren konstruktiven Vorschlägen immer bewiesen, daß wir auch für die Möglichkeit der Bereitstellung von Mitteln vorsorgen, um die Pläne zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit verwirklichen zu können. Denn das Debattieren nützt keinem Arbeitslosen, sondern es nützen ihm nur die Taten, die wir setzen und auf die wir auch hinweisen können. Ich verweise diesbezüglich auf eine Frage, die für Niederösterreich und vor allem auch für die Arbeitnehmer des Viertels ober dem Wienerwald von ganz entscheidender Bedeutung ist, nämlich auf die Frage des Donaukraftwerkes Ybbs-Persenbeug. Ich betone das deshalb — Präsident Endl hat bereits auf die in dieser Frage gestellten Resolution der christlichen Gewerkschaftler innerhalb der Arbeiterkammer Niederösterreich schon hingewiesen —, weil wir gerade hier eine Möglichkeit sehen, um für Niederösterreich große Vorteile zu erreichen. Das Land Niederösterreich ist an dem Bau dieses Kraftwerkes deshalb enorm interessiert, weil wir in unserem Land den dort zu gewinnenden Strom sehr gut verwerten können. Wir sind uns aber auch klar darüber, daß mit unserer Forderung, nämlich am Erfolg mitbeteiligt zu sein, auch unsere Mitverantwortung für die Mitfinanzierung verbunden ist.

Warum gibt es bis jetzt noch keinen größeren Arbeitseinsatz in Ybbs-Persenbeug? Weil noch sehr viele Fragen ungeklärt sind! Für die Klärung dieser Fragen wäre aber ressortmäßig in erster Linie der Herr Minister Waldbrunner zuständig. Ich möchte auch hier im Hohen Haus betonen, daß es bisher gerade der Herr Minister Waldbrunner vermissen hat lassen, die Verhandlungen mit dem daran am meisten interessierten Land Niederösterreich aufzunehmen! *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Welche Verhandlungen?)* Die Verhandlungen beim Herrn Bundeskanzler! Ich komme noch darauf zurück, Herr Landeshauptmannstellvertreter. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Sie haben ja keine Ahnung von den Grundlagen!)* Der Herr Landeshauptmann Steinböck hat namens des Landes Niederösterreich dem Herrn Bundeskanzler Raab offiziell die Forderung überbracht, daß es ein großes Inter-

esse an Ybbs-Persenbeug hat, daß es an diesem großen Kraftwerkbau zur Hälfte beteiligt werde. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Zu wessen Lasten?*) Selbstverständlich muß das dann entsprechend aufgeteilt werden, Herr Landeshauptmannstellvertreter. Das ist ja Sache des Herrn Ministers Waldbrunner, er hat die Voraussetzungen mitzuschaffen, daß wir zu einer Klärung kommen. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Sie haben ja keine blasse Ahnung!*) Und da ist es interessant, daß der Herr Abg. Wenger festgestellt hat, daß diese geforderte 50prozentige Beteiligung des Landes Niederösterreich ein Politikum und keine Arbeitsbeschaffung darstelle. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*) Sehr geehrte Herren Abgeordnete, so spricht ein niederösterreichischer Abgeordneter! Wir werden durch unsere Zeitungen der niederösterreichischen Bevölkerung mitteilen, wie hier die Arbeitervertreter im niederösterreichischen Landtag schon zum zweiten Male niederösterreichische Arbeitsinteressen verraten! (*Lebhafter Widerspruch bei den Sozialisten.* — *Landeshauptmannstellvertreter Popp: Das ist wirklich unerhört! Ein Skandal sondergleichen! — Weitere lebhaftige Zwischenrufe und Gegenrufe.* — *Ruf bei der SPÖ: Da muß man Nerven haben!*)

PRÄSIDENT SASSMANN (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe!

Abg. STANGLER (*fortsetzend*): Jawohl, da gehören Nerven dazu! Es ist sehr merkwürdig, daß Sie jetzt die Nerven verlieren, weil ich Ihnen anscheinend an den Nerv gefühlt habe! (*Ruf bei der SPÖ: Wir verlieren die Nerven nicht!*) Diese 50prozentige Beteiligung des Landes Niederösterreich an dem Kraftwerkbau Ybbs-Persenbeug wird der niederösterreichischen Arbeiterschaft durch Vermehrung der Arbeitsplätze zugute kommen. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*) Und wir werden auch den Weg finden, um die Mittel für diese Beteiligung aufzutreiben, darauf können Sie sich verlassen! Das ist für uns kein Politikum, auch nicht nur eine wirtschaftliche Frage, sondern auch eine Frage der Arbeitsbeschaffung im Interesse der niederösterreichischen Arbeiterschaft! (*Ruf bei der ÖVP: Und der Stromversorgung!* — *Landeshauptmannstellvertreter Popp: Und wer wird die 150 Millionen für Niederösterreich bezahlen? Sie haben ja keine blasse Ahnung!*) Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp, das sind wir nun schon seit Jahren gewohnt, daß Sie uns immer in einem sehr schulmeisterlichen Ton belehren, und daß nur Sie glauben, eine Ahnung zu haben!

(*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Das ist sehr seltsam!*) Das weiß ich schon, Herr Landeshauptmannstellvertreter, daß Sie alles besser wissen wollen. Aber meine Herren, ich muß sagen, der Zwischenruf von Ihnen „Da muß man Nerven haben!“ ist wirklich sehr interessant. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ja, ja, meine Herren, verlieren nur Sie die Nerven nicht! Sie haben durch Wochen mit Ihren demagogischen Zeitungsartikeln sehr gute Nerven bewiesen; bewahren Sie diese noch ein Zeitlang und hören Sie sich noch einige Dinge an!

Es ist sehr interessant, daß diese unentschlossene Haltung des Herrn Ministers Waldbrunner auch beim Bau der Zufahrtstraße zum Donaukraftwerk dazu geführt hat, daß es noch zu keiner Lösung kommen konnte, weil ein wochenlanges, ja monatelanges Streit darum ging, wer die Kosten für diese Zufahrtstraße bezahlen soll: die Donaukraftwerke, der Bund oder das Land. Das Land Niederösterreich und ihr Straßenbaureferent, Landeshauptmannstellvertreter Kargl, aber haben nicht gewartet, bis der Herr Minister Waldbrunner eine Lösung findet, sondern es wurde mit dem Bau der Straße begonnen. Es haben hier viele, viele Arbeiter Arbeitsmöglichkeit gefunden und — die Betonstraße ist fast fertig. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Herren, das Debattieren ist für die Arbeiter uninteressant. Interessant für sie ist, ob Arbeit da ist und ob etwas geleistet wird. Denn Arbeiten ist für die Arbeiterschaft besser als stempeln gehen, und da nützt das Debattieren und das Streiten nichts, sondern entscheidend sind hier (*Lebhafte Zwischenrufe bei der SPÖ*), wie vorhin der Herr Abg. Hainisch gesagt hat, nicht Ihre Worte, sondern die Taten, die die niederösterreichische Landesbauverwaltung und ihr zuständiger Referent, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Kargl, gesetzt haben. (*Ruf bei der SPÖ: 60.000 Arbeitslose!*) Wir könnten noch weitere Vorschläge machen, wenn dieser formale Streit über Zuständigkeit oder Nichtzuständigkeit endlich geklärt werden könnte. Ja, es könnte sicherlich mit Ausnahme der großen Kälteperiode jetzt den ganzen Winter hindurch schon manches geleistet werden. Auch in Ybbs-Persenbeug könnte schon längst mit Dammschüttungsarbeiten, mit Straßenverlegungen und Straßenbegradigungen im Rückstaugebiet des Donaukraftwerkes begonnen werden. Warum hat der zuständige Ressortminister noch nicht dafür Sorge getragen, daß damit begonnen wird? Weil er nur reden will, aber keine Handlungen und Taten setzen will. (*Landeshauptmann-Stellvertreter Popp: Weil der Finanzminister nur*

zehn Millionen zur Verfügung gestellt hat!) Der Herr Minister Waldbrunner soll mit Niederösterreich verhandeln und soll der 50prozentigen Beteiligung zustimmen, und ich bin überzeugt, wir werden genau so wie bei den Kampfkraftwerken auch hier einen Weg finden, daß gearbeitet werden kann. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Abg. Pettenauer: In Ybbs-Persenbeug ist also Sommer, überall sonst ist Winter!*)

Ich kann noch ein arbeitsbeschaffendes Kapitel aus dem Reich des Herrn Ministers Waldbrunner bringen. Es hat die Fraktion der christlichen Gewerkschafter in der Arbeiterkammer und im Gewerkschaftsbund bereits in ihrer Resolution an den Herrn Bundeskanzler davon gesprochen, daß Niederösterreichs größter Metallbetrieb, die verstaatlichten Schoeller-Bleckmann-Werke in Ternitz, im Vorjahr hunderte Arbeiter entlassen haben, und daß bis zum 31. Dezember 1953 in Ternitz kurzgearbeitet wurde. Vom 1. Jänner an wird wohl vollgearbeitet, aber man hat schon wieder einen Vertrag auf Kurzarbeit geschlossen, so daß man jederzeit wieder mit der Kurzarbeit einsetzen kann. (*Ruf links: Die Ursachen?*) Die werde ich gleich sagen. Die Statistik zeigt, daß am 31. Jänner 1953 in der Metallarbeiterbranche 4223 vorgemerkte Arbeitsuchende festzustellen sind. Am 31. Jänner 1954 waren es 4696, das ist eine Steigerung um 473! Meine Herren, diese Steigerung gleicht der Zahl jener Arbeiter, die in Ternitz entlassen worden sind fast auf das Haar. Darf ich Ihnen jetzt noch etwas zeigen und sagen: Hier in der „Weltpresse“ (*zeigt die Zeitung*), heutige Mittag- und Abendausgabe, wird das bekannte Plakat des schwarzen Raben mit der Arbeitslosenkarte im Schnabel gezeigt. Meine Herren, Sie haben sich heute verzeichnet, Sie haben einen falschen Vogel gewählt, denn diese Arbeitslosenkarte trägt ein roter Falke und der heißt Waldbrunner. (*Beifall rechts.*)

Ich bin vorhin in einem Zwischenruf über die Ursachen der Kurzarbeit in Ternitz gefragt worden und was gegen sie zu machen sei. Ja, verehrter Herr Zwischenrufer, Sie müßten zuständigkeitshalber den Minister Waldbrunner fragen und nicht mich, weil ich nicht der Ressortminister bin. Ich will Ihnen aber sagen, was man machen könnte, wenn ich Minister wäre. Ich würde den Ternitzer Werken mehr Aufträge geben, als es bisher der Herr Minister Waldbrunner gemacht hat. Ich kann nicht auf der einen Seite die Aufträge kürzen oder überhaupt keine Aufträge geben und dann irgendwie mit Arbeitslosenzahlen Demagogie betreiben. (*Landesrat Stika: Sie haben keine Ahnung, wie es auf*

dem Stahlmarkt aussieht! — Reden Sie doch keinen Unsinn!) Ich muß feststellen, auf der linken Seite des Hauses ist heute eine Nervenkrise nach der anderen zu verzeichnen! Herr Landesrat Stika, auch darüber werden wir noch sprechen. Wir haben diese Fragen jetzt sehr genau studiert, denn einmal ist es Zeit, mit Ihrer Demagogie Schluß zu machen, und einmal haben wir es auch satt, daß Sie immer alle Verantwortung nur der stärksten Partei übertragen wollen, um sich, wenn es Schwierigkeiten gibt, aus dem Staube zu machen. Mehr als die Hälfte der wirtschaftlichen Macht in Österreich liegt in den Händen oder in der Kontrollsphäre des Verstaatlichungsministers Waldbrunner! Wer also hier anschaffen will, wer die Macht haben will und wer die Kontrolle ausübt, der muß auch mitverantworten und darf sich um diese Verantwortung nicht herumdrücken.

Ich darf Ihnen auch noch etwas sagen. Wenn man vielleicht mit dem Gedanken spielen sollte, gewisse Betriebe der verstaatlichten Wirtschaft aus Niederösterreich zu verlagern oder abzuziehen, dann haben Sie mit dem größten Widerstand von unserer Seite zu rechnen. Keinen einzigen Arbeitsplatz in Niederösterreich werden wir freigeben! Wir werden Sorge tragen, daß auch die niederösterreichische Arbeiterschaft einmal erfährt, wie diese Dinge liegen. Sie dürfen nicht glauben, daß Sie hier nur einseitige Beschuldigungen aussprechen können, um sich immer in das schöne Licht zu stellen. (*Zwischenruf des Abg. Staffa.*) Herr Kollege, wenn Sie vielleicht die Güte haben wollten, mir den Gefallen zu tun, dem Herrn Minister Waldbrunner meine Vorschläge zu unterbreiten! Er wird für Sie ein willigeres Ohr haben als für mich. Die Losung heißt also, mehr Arbeit für Ternitz und keine Verlagerungen verstaatlichter Betriebe aus Niederösterreich. Diese Fragen sind zu lösen und über sie kann Minister Waldbrunner entscheiden.

Meine sehr verehrten Frauen und Herren! Wir hatten heute hier einmal Gelegenheit, über diese Dinge sehr offen zu reden und hierzu eine Reihe von konkreten Vorschlägen zu machen. Wir werden sicherlich noch einige Vorschläge bringen. Es liegt nun (*zur Seite der SPÖ gewendet*) an Ihnen, mitzutun, und zwar mitzutun im Interesse der Arbeiterschaft von Niederösterreich. Sie haben hier nicht mehr das Recht, allein über Arbeiterinteressen zu sprechen, schon gar nicht mit Demagogie! Wollen Sie also die Interessen des Landes Niederösterreich wirklich wirksam vertreten, dann schließen Sie sich unseren konkreten Vorschlägen an und hören Sie mit

dem demagogischen Spiel der Verhetzungen auf. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Worte gelangt Herr Abg. Hilgarth.

Abg. HILGARTH: Hohes Haus! Wir haben heute eine Debatte über die Frage der Arbeitslosigkeit in Niederösterreich abgeführt, die durch zwei Anträge, die wir an den Herrn Landeshauptmann gestellt haben, veranlaßt wurde. Ich möchte am Beginn meiner Ausführungen einmal etwas Grundsätzliches feststellen. Aus den verschiedensten Zeitungsmeldungen der SPÖ, aber auch aus verschiedenen, von sozialistischer Seite veranlaßten Radioberichten ist immer eine Grundlinie zu entnehmen gewesen: Die SPÖ sorgt dafür, daß die Arbeitslosigkeit kleiner wird, und die ÖVP ist der böse Knabe, der jeweils dagegen auftritt oder überhaupt nichts unternimmt. Ich möchte hier einmal zu diesen Auslassungen vollkommene Klarheit schaffen. Meine Herren von der Sozialistischen Partei, halten Sie uns doch nicht für dumm, denn die Behandlung der Arbeitslosenfrage ist doch etwas, was uns genau so berührt, und zwar genau so positiv berührt, wie sie Sie angeht. Die Arbeitslosigkeit ist ein Elend, und mir erzählen Sie nicht, was es heißt, hunderte und tausende Menschen einer Gemeinde ohne Verdienst zu wissen. Ich bin aus einer Industriegemeinde, ich bin dort zum größten Teil meines Lebens gewesen und kenne daher die Nöte gerade dieser Kreise am besten. Und wenn Sie meinen, daß alle Leute, die arbeitslos sind, nur Mitglieder der SPÖ sind, dann täuschen Sie sich ganz gewaltig. Die Not der Arbeitslosigkeit, darauf hat schon Kollege Cipin hingewiesen, trifft ohne Rücksicht auf die Weltanschauung, ohne Rücksicht auf die parteipolitische Einstellung jeden, den es erwischt. Aus diesem einen Grund allein schon wäre es für uns als Vertreter der ÖVP in einer öffentlichen Körperschaft unmöglich, nichts zu tun — was Sie uns eben vorwerfen —, um einem allgemeinen Übel Einhalt zu gebieten. Es ist richtig, was mein Vorredner bereits erwähnt hat, mit bloßen Reden, Resolutionen, Zeitungsartikeln und Zwiegesprächen im Radio, die noch dazu einseitig aufgebaut worden sind, wird man keinem einzigen Arbeitslosen einen Arbeitsplatz oder einen Verdienst verschaffen. Diese Frage zu lösen wird aber noch dadurch besonders schwierig, weil in diese Angelegenheit leider Gottes in der letzten Zeit noch viele andere Gesichtspunkte hineingetragen wurden, die nicht gerade zu einer friedlichen Auseinandersetzung, sondern vielmehr zu einem noch

größeren Zwiespalt in diesen Auseinandersetzungen führen. Sie brauchen nur den Leitartikel in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 13. Jänner lesen. Ich weiß nicht, ob der 13. gerade ein ominöser Tag sein soll. Der Leitartikel unter der Überschrift: „Was treibt Herr Steinböck?“ stammt sicherlich aus einer Feder, die uns allen bekannt ist, wenn sie auch nicht separat mit etwa Austria-„Pollak“-Agentur angeführt ist. Aber sie stammt anscheinend aus dieser Quelle. Und wenn ich hier in Zusammenhang mit der Gemeinde Wien etwas daraus verlese, so mache ich es deswegen, um dem Hohen Haus ganz klar zu zeigen und noch einmal vor Augen zu führen, mit welchen Dingen die Frage der Arbeitslosigkeit hier künstlich verquickt wird, wie sie verschärft und unlösbar gemacht wird. Es schreibt hier der Artikelschreiber *(liest)*:

„Die ÖVP mit ihrem Landeshauptmann Steinböck, dem Nachfolger Reithers, hat an die Stelle der Zusammenarbeit eine brutale Willkürherrschaft gesetzt. In den Landesämtern macht sich eine Protektions- und Korruptionswirtschaft breit und zu all dem gesellt sich das Unvermögen und der Mangel an gutem Willen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes zu beheben, vor allem die Arbeitslosigkeit zu lindern. Ein Landeshauptmann, der ein Biertischdiktator ist, eine Freunderlwirtschaft, aus deren Schoß die Dr. Simmer und Vanura kommen, und eine ungeheure soziale Verantwortungslosigkeit, deren Folgen eine Arbeitslosenzahl von“ — damals — „45.000 ist — das sind die charakteristischen Merkmale der ÖVP-Wirtschaft in Niederösterreich.“ *(Hörthörtrufe bei der ÖVP.)*

Ich glaube, meine Herren, steigerungsfähig ist diese Äußerung nicht mehr. Und wenn Sie hier fast der gesamten Beamenschaft in dieser Verallgemeinerung Korruptionswirtschaft, Unverständnis und Unvermögen vorwerfen, dann weise ich das genau so zurück, wie ich das bereits in meiner Rede bei den Verhandlungen über den Voranschlag 1954 getan habe, daß man nämlich einen Einzelfall nicht verallgemeinern und so die gesamte Beamenschaft treffen darf. Sie dürfen aber nicht glauben, daß mit solchen Äußerungen auch nur ein Mensch, der draußen steht und auf Beschäftigung wartet, einer Beschäftigung zugeführt wird. Ja ich möchte sagen, daß der Artikelschreiber das gegen sein besseres Wissen geschrieben hat. Diese Feststellung muß ich machen, wenn einerseits gesagt wird, daß die Arbeitslosigkeit heuer bei uns in Österreich Formen angenommen hat, die, grob gesprochen, deswegen katastrophal sind, weil sich die Verantwortlichen angeblich

darum nicht kümmern, und wenn anderseits Niederösterreich in diese Kampagne hineingezogen und in allen möglichen Tonarten der Mehrheit die Schuld daran gegeben wird, obwohl man weiß, daß seit Monaten, ja seit einem Jahr wirklich die ernstesten Bestrebungen vorhanden sind, diese Dinge so zu lenken, daß sie bis zu dem Beginn der jetzigen außergewöhnlichen Witterungsverhältnisse einen anderen Weg genommen haben.

Seien wir doch ehrlich und schauen wir uns die Beschäftigtenziffern und die Arbeitslosenziffern bis zum Dezember 1953 an! Sie werden feststellen müssen, daß in den Monaten Oktober, November und Dezember, in denen es sonst bereits ein sehr starkes Ansteigen der Arbeitslosenkurve gegeben hat, dies im vergangenen Jahr nicht der Fall gewesen ist. Im Gegenteil, wir konnten feststellen, daß in diesen letzten drei Monaten des Jahres 1953 sogar weniger Arbeitslose gezählt wurden als im Jahr 1952. Und auf der anderen Seite können wir feststellen, daß die Zahl der Beschäftigten in diesen Monaten größer war, und zwar im ganzen Bundesgebiet um rund 30.000 Personen, als in der gleichen Zeitspanne des Jahres 1952.

Wieso man aus diesen Dingen eine „katastrophale Entwicklung“ ableiten kann, ist mir unerklärlich. Daß abnormale Witterungsverhältnisse eingetreten sind, können Sie nicht verhindern, das kann die Gemeinde Wien nicht verhindern, und das kann niemand, der hier tätig eingreifen kann, anders machen als wir. Das ist nicht nur durch die strukturellen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt bedingt, sondern das ist eine Folge der außergewöhnlichen klimatischen Verhältnisse.

Ich muß auch darauf zurückkommen, in welcher Form diese Propaganda aufgezo-gen wird. Aus der „Arbeiter-Zeitung“ geht klar hervor, daß der Leitartikel so geschrieben wurde, damit dabei gerade das Land Niederösterreich seinen Teil abbekommt. Bei verschiedenen Besprechungen des „unpolitischen“ Gewerkschaftsbundes mit einem Bundesrat in einer Radiosendung ist diese Tendenz ebenfalls festzustellen gewesen. Ich bin immer dafür, daß man in solchen Dingen nicht die halbe Wahrheit, sondern die ganze Wahrheit sagt. Dann kommt man nämlich zu ganz anderen Schlüssen, als sie sonst in die Weltöffentlichkeit hinausgesagt werden.

Da antwortet zum Beispiel in dieser Radiosendung jemand auf eine Anfrage eines Arbeiters, die selbstverständlich gestellt gewesen ist —, dieser jemand ist ein Bundesrat Ihrer Partei, ich habe leider seinen Namen nicht gehört, weil ich ein bißchen zu spät gekommen bin —, wie es mit der Entwicklung

der Arbeitslosigkeit und mit dem Konsum ausschaut. Und da antwortet der Mann und erklärt, daß durch das Absinken der Zahl der Arbeiter beziehungsweise durch das Steigen der Arbeitslosigkeit die Volkswirtschaft auf der Konsumseite ungefähr einen Schaden von etwas mehr als 500 Millionen Schilling erleidet. Er verschweigt aber — und das ist es, was ich ihm ankreide, nämlich daß er auf der anderen Seite nicht erklärt hat, wiewohl er es wissen müßte —, daß durch einen Zuwachs von 30.000 Beschäftigten mehr als 100 Millionen in den Konsum eingeführt wurden. Sie sehen also die tendenziöse Darstellung: auf der einen Seite das Schlechte hervorheben, auf der anderen Seite aber das Positive und Gute, was dieses Schlechte wieder aufhebt, verschweigen, weil eine gewisse Stimmung im Schatten der kommenden Wahlen hervorgerufen werden soll. Oder wenn die Frage gestellt wird, wie das Verhältnis der Arbeitslosigkeit in Niederösterreich zu jener in Wien steht, und der Herr Bundesrat die Antwort gibt, in Wien schaue es wesentlich besser aus, denn es gäbe heute schon technische Möglichkeiten, um auch die Beschäftigung im Bau-gewerbe während der schlechten Jahreszeit durchführen zu können. Der Herr Bundesrat hat aber dabei verschwiegen, daß die technischen Möglichkeiten bei Bauten in Niederösterreich von denen in Wien grundverschieden sind. Es hat bereits heute Abg. Ernecker darauf hingewiesen, daß man bei Bauten, wo 200 und 300 Wohnungen in einem Komplex stehen, die Innenarbeiten auch in der kalten Jahreszeit durchführen kann. Solche Bauarbeiten können aber bei uns in Niederösterreich nicht geleistet werden, die Gründe hierfür wurden schon angeführt. Trotzdem hat aber auch das Land Niederösterreich schon dafür gesorgt, daß dort, wo die technische Möglichkeit besteht, auch während der Winterszeit die Beschäftigung durchgezogen wird. Wenn Sie die Bauten am Kamp betrachten, für die 300 Millionen gesichert erscheinen und für die die Österreichische Volkspartei allein die Verantwortung für den damaligen Landtagsbeschuß auf sich genommen hat, weil Sie ihn ja abgelehnt haben, so werden Sie zugeben müssen, daß auch im heurigen Winter auf den geschützten Baustellen noch 300 bis 400 Menschen in Arbeit stehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn hier immer wieder die Schuld der ÖVP zugeschoben wird, dann glaube ich, können wir auf Grund der Verhandlungen des Landtages im vergangenen Jahre ruhig darauf verweisen, daß wir, angefangen vom Budget 1953 über das Nachtragsbudget 1953 bis über den 60-Millionen-Kredit für Wasser-

bauten und die Übernahme der Haftung für den 300-Millionen-Kredit der NEWAG, dafür gesorgt haben, daß die notwendigen Gelder für die Schaffung von Arbeitsstellen und für deren Sicherung zur Verfügung stehen. Es ist nur eine Frage der Witterung, daß diese Gelder in produktive Arbeit umgesetzt werden.

Wenn Sie soviel von der Vernachlässigung Niederösterreichs reden, so hat bereits der Kollege Stangler einen konkreten Fall hierfür aufgezeigt, und dieser konkrete Fall ist Ybbs-Persenbeug. Wir kommen um diesen Fall nicht herum, weil er wirklich eine Großbaustelle für Niederösterreich darstellen wird, um die wir Niederösterreicher oft die anderen Bundesländer beneidet haben. Sie brauchen nur an das Tauernkraftwerk und andere im Westen aufgeführte Großbauten denken, dann werden Sie wissen, daß gerade wir Niederösterreicher an der Verwirklichung dieses großen Planes höchst interessiert sind. Und wenn Herr Minister Waldbrunner angegriffen wurde, so glaube ich, mit vollem Recht, denn es kommt nur auf seinen Willen an, daß endlich einmal die Verhältnisse bei Ybbs-Persenbeug technisch, finanziell und rechtlich so bald wie möglich geklärt werden. Von dem Streit, der in dieser Sache aufgeführt wird, hat kein Arbeitsloser etwas. Wenn Sie aber Ybbs-Persenbeug schon nicht gelten lassen wollen, dann fragen Sie doch einmal den Herrn Minister Waldbrunner, wie viel von den fünf Milliarden Schilling, die ihm aus ERP-Mitteln für die verstaatlichten Betriebe zur Verfügung gestellt wurden, in Niederösterreich verbraucht wurden. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Da müssen Sie die ganze Regierung fragen!*) Von diesen fünf Milliarden waren es 500 Millionen, und jetzt sagen Sie, wo und wie Niederösterreich hier im Vorzug gestanden ist! (*Landesrat Stika: Herr Kollege, reden Sie nicht so, Sie wissen genau, daß das von der Zustimmung der Amerikaner abhängt! Ich hätte Sie für ernster gehalten, Sie sind doch nicht der Stangler!*)

Es gibt aber noch weitere Angelegenheiten. So haben wir z. B. einen Streit über die Flughafengesellschaft gehabt. Da haben wir Niederösterreicher auch dafür gesorgt, daß Niederösterreich in dieses Geschäft einsteigt, damit auch unsere Interessen namentlich in der Frage der Beschäftigung vertreten werden. Oder sagen Sie mir die Meinung des Herrn Ministers Waldbrunner zur Liberalisierungsfrage! Sagen Sie mir, wie schaut es mit den Kokslieferungen aus! Während der Koks mit 710 S pro Tonne zu erhalten ist, müssen Sie ihn der VÖEST. mit 800 S bezahlen! Da ist es begreiflich, daß Minister Waldbrunner gegen die Liberalisierung Einspruch erhebt, Genau

dasselbe haben wir beim Eisen. Unsere Preise liegen 60 Prozent über den Preisen anderer Länder. Warum liegen sie darüber? (*Landesrat Stika: Sie haben hier die bäuerlichen Vertreter sitzen, fragen Sie die, warum sie gegen die Liberalisierung sind?*) Die haben einen ganz anderen Grund!

Ich sage Ihnen ganz offen, diese Dinge sind von uns nur deswegen vorgebracht worden, weil es notwendig ist, gegen alle diese falschen Behauptungen und die irreführenden Artikel und Zwiegespräche Stellung zu nehmen und sie ins rechte Licht zu rücken. Die ÖVP hat in Niederösterreich dafür gesorgt, daß die Arbeitslosigkeit überwunden werden kann. Und ich glaube der Ansicht Ausdruck geben zu können, daß mit dem Tage, an dem die Kälte gebrochen ist, die Kurve der Arbeitslosigkeit steil absinken wird. Wir werden dann imstande sein, gemeinsam dieser Geißel der Menschheit entsprechend entgegenzutreten, wiewohl es verschiedene Dinge geben wird, die wir vielleicht im eigenen Wirkungskreis erledigen werden können. Ich gebe auch der Hoffnung Ausdruck, daß es dem Herrn Finanzreferenten möglich sein wird, die Summen, die wir für Wohnungsbauten budgetmäßig vorgesorgt haben, so rechtzeitig bereitzustellen, damit wir bei Beginn der Bau-saison diese Mittel rechtzeitig einsetzen und dadurch die Arbeitslosigkeit lindern können. Das Land wird alle Wege einschlagen, um neben den Wohnungsneubauten auch die Reparaturen an den alten Häusern im Interesse sowohl des Hausbesitzers als auch des Mieters zu finanzieren, damit auch auf diesem Gebiet in Niederösterreich zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und wieder eine Gruppe von Menschen in Verdienst und Arbeit gebracht wird. Es werden vielleicht noch andere ähnliche Arbeiten ins Auge gefaßt werden, über die ich heute noch nicht reden möchte. Sicher ist, daß die ganze Angelegenheit in ein Licht gerückt wurde, bei dem nur darauf Rücksicht genommen wird, die ÖVP in Niederösterreich als das hinzustellen, was ich eingangs meiner Ausführungen vorgebracht habe, nämlich als diejenige Partei, die an der Arbeitslosigkeit in unserem Lande schuld ist. Dabei ist aber festzustellen, daß die Zahl der Arbeitslosen nach den neuesten Angaben rund 52.000 beträgt, und diese Zahl liegt in diesen kalten Tagen nicht einmal wesentlich über der Zahl des vorigen Jahres. (*Abg. Wenger: 59.700!*) Das ist deine Ansicht, ich habe eine Statistik, die auf amtlichen Nachrichten beruht und von der ich weiß, daß nur 52.000 und etliche hundert Arbeiter arbeitslos sind.

Ich möchte noch eines dazu sagen. Es ist

überhaupt müßig, einen Vergleich von Arbeitslosenziffern der heutigen Zeit mit jenen der vergangenen Jahre anzustellen und zwar deswegen, weil sich die Vergleichsbasis von Jahr zu Jahr ändert. Vollkommen abwegig ist es aber, die Arbeitslosenziffer aus den Jahren 1933 oder 1934 mit jener der heutigen Zeit zu vergleichen. Erstens ist der Personenkreis nicht derselbe und zweitens ist auch die rechtliche Regelung des Versicherungswesens anders. Während damals die Arbeitslosenunterstützung fast noch eine Fürsorgeeinrichtung gewesen ist, ist sie heute versicherungstechnisch aufgebaut und umfaßt natürlich einen viel größeren Personenkreis, als es früher der Fall gewesen ist. Daher wird jeder Vergleich, den wir hier anstellen, hinken, es sei denn, daß wir imstande sind, die richtige Vergleichsbasis zu finden. Ich möchte dazu noch folgendes sagen: Glauben Sie denn, wir als Österreichische Volkspartei hätten nur unsere Freude daran, in die Arbeitslosenämter Niederösterreichs noch mehr Geld hineinstecken zu müssen, als es bis jetzt bei Anspannung aller unserer Kräfte der Fall ist! Damit aber dem Lande die hierfür notwendigen Mittel zufließen, müssen auch Sie dafür sorgen, daß Niederösterreich wirklich gerecht behandelt wird. Sie kennen meine Ausführungen zum Voranschlag 1954 und wissen, wie ich mich damals für eine gerechte Aufteilung der Steuern auf die einzelnen Bundesländer eingesetzt habe. Es wäre notwendig, daß wir diese Frage neuerlich aufgreifen. Auch hier könnten wir in das Königreich Waldbrunner hineinleuchten, denn es ist Ihnen, ebenso wie uns, bekannt, daß uns in Niederösterreich gerade in der Frage der Straßenerhaltung große Kosten durch die Straßenbenützung seitens jener Fahrzeuge erwachsen, die mit Wiener Nummern laufen und der Post und der Bundesbahn gehören. Das hat sich bereits zu einem großen Nachteil für Niederösterreich entwickelt. Helfen Sie uns, daß die Straßen Niederösterreichs, die durch die Fahrzeuge des Bundes so stark abgenützt werden, aus Bundesmitteln auch entsprechend ausgebessert und instand gesetzt werden.

Wenn hier behauptet wurde — ich glaube Kollege Nimetz war es —, daß bereits im Oktober die Arbeiten an öffentlichen Bauten in Niederösterreich eingestellt wurden, so möchte ich ihm auch hier einige Ziffern entgegenhalten. Es sind mir die Daten der Straßen- und Brückenbauabteilung des Landes bekannt — ich zweifle nicht, daß es bei den anderen technischen Abteilungen des Landes genau so ist —, nach welchen im Oktober noch 60.000 Arbeitsschichten geleistet wurden; im November waren es 48.000 und im Dezember waren

es 46.000 Arbeitsschichten! Von einer Einstellung der Arbeiten kann also keine Rede sein, und das Absinken von 64.000 auf 46.000 Arbeitsschichten ist nur durch die Witterungsverhältnisse bedingt. Ich habe die feste Überzeugung, daß diese Verhältnisse genau so beim Wasserbau, beim Kanalisationsbau und bei den Wasserleitungsbauten vorliegen.

Ich glaube, daß uns die Ausführungen, die uns der Herr Landeshauptmann in seiner Anfragebeantwortung gegeben hat, wirklich befriedigen können, weil sie die tatsächlichen Verhältnisse darstellen, und weil sie das verzerrte Bild von der Arbeitslosigkeit in Niederösterreich, wie man es bisher darzustellen beliebte, wieder auf das richtige Maß zurückführen.

Ich erlaube mir daher, folgenden Antrag zu stellen (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Beantwortung durch den Herrn Landeshauptmann über die Anfrage der Abgeordneten Endl, Hainisch, Hirmann, Hilgarth, Ernecker, Etlinger und Genossen, betreffend das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in Niederösterreich und Maßnahmen zur Bekämpfung derselben, wird mit Befriedigung zur Kenntnis genommen.“ (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg. W o n d r a k.

Abg. WONDRAK: Hoher Landtag! Ich möchte nicht in den Fehler verfallen, den wir jetzt von einigen Rednern gehört haben. Der Ausgangspunkt der heutigen Aussprache ist ja eine gestellte Anfrage des Klubs der Österreichischen Volkspartei an den Landeshauptmann gewesen, der darüber Auskunft geben sollte, wieviel an Arbeitsbeschaffung im Lande seitens der ÖVP-Funktionäre geleistet worden ist. Das ist eigentlich der Kernpunkt gewesen, um darzustellen, daß die ÖVP in diesem Lande unendlich viel getan hat, um Arbeitsplätze zu schaffen.

Nun haben wir im Verlaufe der Diskussion gehört, daß, mit Ausnahme der Zahlen, mit denen der Herr Landeshauptmann gewirbelt hat und die man natürlich nicht im ersten Augenblick überprüfen kann, von den Rednern nichts dazu beigetragen wurde, um wirklich niederösterreichische Verhältnisse zu besprechen. Das Kernstück der ganzen Diskussion und damit charakteristisch für den Unernst, mit dem diese Diskussion geführt worden ist, war natürlich der Angriff auf den Minister Waldbrunner. Diesen Minister Waldbrunner haßt man, man macht ihn

für alles verantwortlich, man macht ihn verantwortlich dafür, daß die Arbeit in Ybbs-Persenbeug nicht weitergeht, obwohl jeder-mann weiß, daß im 2. Verstaatlichungsgesetz genau ausgeführt ist, wie sich die Anteile des Bundes und der einzelnen Länder verteilen, und daß kein Minister, ob er nun Waldbrunner oder Raab heißt, in der Lage ist, allein, ohne Zustimmung der anderen beteiligten Länder, den Schlüssel, der im Vereinbarungswege zwischen Wien, Niederösterreich, Burgenland und dem Bund gefunden wurde, zu ändern oder gar aufzuheben. Obwohl man das alles weiß, wird hier glatt in den Saal hineingerufen: Ja, der Waldbrunner ist schuld, daß die Arbeiten im Ybbs-Persenbeuger Werk nicht vorwärtsgehen. Es wurde lediglich von einem einzigen Redner so ganz am Rande bemerkt, daß es bekannt ist, daß es da noch eine ganze Reihe von Hindernissen und Schwierigkeiten gibt, die überwunden werden müssen. Nur war der zweite Satz schon wieder unernst, in dem gesagt wurde, es sei eben Sache Waldbrunners, diese Dinge zu einer glücklichen Lösung zu bringen. Als ob Ybbs-Persenbeug nicht eine Aufgabe der gesamten Bundesregierung wäre, als ob nicht die gesamte Bundesregierung dafür einzustehen und die Verantwortung dafür zu tragen hätte! Aber was kümmert man sich darum, man tüftelt ganz einfach eine Anfrage aus, um nachzuweisen, welche herrliche Leistungen die ÖVP in diesem Lande bereits erbracht hat, und man pöbelt einen Minister ganz einfach an, beladet ihn mit unernsten und unrichtigen Vorwürfen und sagt dann: Daran, daß wir in Niederösterreich Schwierigkeiten haben, ist nur ein Mann schuld, und das ist der Minister Waldbrunner! Er ist sogar daran schuld, daß die Straßenverhältnisse in Niederösterreich so schlecht sind, weil die Postautobusse, die natürlich zentral gelenkt werden, auf den niederösterreichischen Straßen fahren. Ich habe keine Statistik darüber, aber ich weiß, daß die Wagen der Bundesbahn und der Post nur einen winzigen Prozentsatz des Verkehrs ausmachen, der sich heute auf den niederösterreichischen Straßen abspielt. Denen, die wenige Wagen hinausschicken, allein die Verantwortung aufzulasten und zu sagen, daß diese allein für die schlechten Straßen verantwortlich sind, zeigt, daß man angesichts der kommenden Wahlen dicker aufträgt; das ist aber etwas, was man schon aus politischen Erwägungen nicht tun sollte. Was nützt es, wenn dann ein Abgeordneter — ich glaube, es war der Abg. Ernecker — sagt, wir müssen zusammenarbeiten. Der Kollege Hilgarth hat ebenfalls versucht, die Atmosphäre auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Aber was

nützt das, wenn man die ganze Diskussion auf einem Niveau führt, das dem niederösterreichischen Landtag wahrlich keine guten Früchte bringen wird. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auf jene Dinge hinweisen, die in der Anfrage aufgeworfen wurden und die uns unverständlich sind. Wie kommt es, Hoher Landtag, daß man in dieser Anfrage behauptet — wer das getan hat oder wo, ist ja nicht gesagt worden —, daß das vielbesprochene 60-Millionen-Wasserbautenprojekt auf 16 Millionen reduziert worden ist? Dieser Teil der Anfrage ist so unernst, daß man es gar nicht für möglich halten kann, daß solche Dinge vorgebracht werden; denn in der offiziellen Aufstellung, die uns im Zuge der Beratungen über dieses Programm gegeben wurde, ist eindeutig zu lesen, daß zwar das Gesamtprojekt einen Kostenaufwand von 60 Millionen erfordert, daß aber im Jahre 1954 nur rund 16 Millionen aus Mitteln des Bundes und des Landes zur Verfügung stehen. Das ist kein Vorwurf, denn wir alle wissen, daß solche Bauten in einem Jahr gar nicht durchgeführt werden können, ja daß für einzelne Projekte sogar Arbeitszeiten bis zu fünf Jahren vorgesehen sind. Wie kann man also in einer Anfrage darauf verweisen, daß irgendwer boshafterweise gesagt haben soll, nicht 60 Millionen, sondern nur 16 Millionen werden verbaut? Denn technisch ist es gar nicht möglich, diese 60 Millionen in einem Jahr durchzuziehen. Hier kommt es nur darauf an, festzustellen, welche Beträge für 1954 tatsächlich verbaut werden können.

Wenn Sie also diese Anfrage schon so aufziehen, dann müssen Sie verstehen, daß Sie natürlich auch die entsprechende Antwort bekommen. (*Ruf bei der ÖVP: Aber in der „Arbeiter-Zeitung“ ist es ja gestanden, schwarz auf weiß! — Gegenruf bei der SPÖ: Stimmt ja auch!*) Der Herr Landeshauptmann hat ja zugegeben, daß es im heurigen Jahr nur 16 Millionen sind. (*Ruf bei der ÖVP: Dann kann man nicht sagen, daß das 60-Millionen-Programm auf 16 Millionen zusammengeschrumpft ist. — Weitere Zwischenrufe.*) Das ist auch so. Das lesen wir hier in der Aufstellung des Landesamtes B 3, die auch Ihnen zur Verfügung steht, so wie mir. (*Abg. Dr. Haberzettl: Dann war das Demagogie, was in der Zeitung gestanden ist!*) Wieso? Wenn man eine Tatsache niederlegt und darüber schreibt? (*Abg. Zach: Wenn es von vornherein feststeht, daß es so ist, dann kann es nicht gekürzt werden!*) Von einer Kürzung ist keine Rede gewesen, lieber Kollege Zach!

Wenn man uns die Verantwortung für die Liberalisierung in die Schuhe schieben will, über deren letzte Auswirkungen noch kein Wirtschaftspolitiker etwas Genaues weiß, wenn man heute weiter versucht, hier volkswirtschaftliche Thesen zu verzapfen, so ist das doch für jeden, der im Wirtschaftsleben steht, einfach lächerlich. Wissen wir doch, daß die Liberalisierung die Wirtschaft äußerst stark beeinflußt, und daß heute noch viele Dinge ungelöste Probleme sind, wobei nicht ein Minister, sondern die gesamte Regierung, zusammen mit der Wirtschaftskammer und der Arbeiterkammer, noch sehr harte Nüsse wird knacken müssen. Fragen Sie doch die Herren, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben, ob es überhaupt möglich ist, politische Demagogie für oder gegen solche Dinge zu betreiben! Hier geht es um Grundfragen der österreichischen Wirtschaft, und diese Grundfragen können nur in einer Form besprochen werden, von der man glaubt, daß sie den österreichischen Interessen weitestgehend entspricht. Wir wissen doch, daß wir bei diesen Verhandlungen nicht das Gesetz des freien Handelns auf unserer Seite haben, sondern daß das Ausland auf uns einwirkt, und daß wir in verschiedenen Dingen werden nachgeben müssen, obwohl wir davon überzeugt sind, daß dies zumindest vorübergehend eine Gefährdung der jetzt eingeleierten österreichischen Wirtschaftsverhältnisse bedeuten wird. Wenn man heute schon davon spricht, daß die Einfuhr italienischer Trauben im Herbst es mit sich bringen werde, daß der österreichische Weinbauer seinen Most nicht mehr verkaufen können, so ist das eine Sorge, die nicht unberechtigt ist. *(Abgeordneter Dubovsky: Dann muß man es ablehnen! Wenn man davon überzeugt ist, dann muß man es ablehnen und darf nicht sagen, wir haben gebundene Hände! — Landesrat Stika: Das ist doch Quatsch! Lächerlich! — Weitere Rufe und Gegenrufe.)* Wenn man überzeugt ist, daß solche Schwierigkeiten auftauchen, glauben Sie, lieber Herr Abg. Dubovsky, daß dann ein Mitglied der österreichischen Bundesregierung die Absicht oder den Mut haben wird, zum Schaden der österreichischen Landwirtschaft bewußt solche Vereinbarungen zu treffen? Ich bin davon überzeugt, daß die gesamte Regierung ihr Äußerstes tun wird, um die Schäden, die hier entstehen könnten, abzuwehren. Es ist einmal so, daß Österreich im europäischen Raum als wirtschaftlich kleiner Körper allein nicht wird bestehen können. Wenn da zum Beispiel noch ein heftiger Angriff gegen Minister Waldbrunner wegen Ternitz gestartet worden ist und gesagt wurde, gerade so viele Metallarbeiter, als

jetzt arbeitslos gemeldet worden sind, hat Schöller & Bleckmann entlassen, dann möchte ich nur fragen: Wissen die Herren etwas davon, was sich auf dem internationalen Stahlmarkt abspielt? Hier sind große wirtschaftliche Fragen zu lösen, die der niederösterreichische Landtag und keiner der Herren Abgeordneten hier lösen kann. Aus diesem Grunde glauben wir, daß es nicht zweckmäßig ist, daß diese Dinge hier in so breiten Formen ausgeführt worden sind. Man kommt da zu dem Eindruck, daß man sich gedacht hat, nun, über Niederösterreich haben wir nicht viel zu reden, reden wir von etwas anderem, reden wir von Waldbrunner, von Postautos, von Stahllieferungen usw. Ich weiß nicht, ob diese Dinge wirklich darnach angetan sind, um hier eine ernste Frage auch ernsthaft zu diskutieren. Entsetzt ist man z. B., wenn man hört — es war Herr Abgeordneter Stangler —, wir Sozialisten dürften die Verlagerung von Industrien aus Niederösterreich in westliche Gebiete gefördert haben. Ich stelle hier fest, daß die Sozialistische Partei und der Gewerkschaftsbund die Gefahr der Verlagerung von niederösterreichischen Industrien in die westlichen Länder seit Jahr und Tag erbittert bekämpft haben. Ich weiß aus meiner eigenen Stadt, daß solche Verlagerungsbestrebungen, die dort bestanden haben, unter dem stärksten Einfluß der Arbeiterschaft und aller lokalen Stellen unterblieben sind. Ich weiß, daß diese Dinge von uns ununterbrochen bekämpft werden. Noch vor zwei oder drei Jahren war die Tendenz der Privatindustrie, nach dem Westen abzuwandern, beachtlich groß und stark, und wenn hier Vorwürfe erhoben werden könnten, dann müßte man diese Vorwürfe denen machen, die eben diese Verlagerungen nicht nur probiert, sondern auch tatsächlich durchgeführt haben. Das möchte ich hier feststellen, weil man sonst ein ganz falsches Bild bekommt!

Jetzt möchte ich noch einen Gegenstand der Diskussion herausgreifen. Es geht uns nicht nur darum, daß die Bauarbeiter allein arbeitslos geworden sind, denn wir geben ohneweiters zu, daß bei Temperaturen von mehr als 12 oder 15 Grad unter Null Bauarbeiten nicht gemacht werden können. Das verlangt niemand, daß bei solchen tiefen Temperaturen Bauarbeiten in großem Umfang durchgeführt werden. Wenn man darüber spricht und etwas anderes sagt, so ist das mit den technischen Tatsachen nicht in Übereinstimmung zu bringen. Wir müssen aber folgendes feststellen: Bei den Bauarbeiten handelt es sich darum, daß wir jetzt schon die Voraussetzungen schaffen, damit

die Arbeitslosigkeit bei den Bauarbeitern womöglich eine sehr kurze ist, daß also jetzt schon die entsprechenden Aufträge hinausgehen, weil ja bekanntlich die Ausarbeitung der Projekte, die Sicherstellung der Finanzierung u. dgl. ungemein viel Zeit in Anspruch nehmen. Aus diesem Grunde möchte ich den Herrn Landesfinanzreferenten dringend bitten, daß die Mittel für alle diese Arbeiten nicht nur in Aussicht gestellt werden, sondern daß man schon jetzt in der Frostzeit die Aufträge vergibt, weil man damit die Gewähr hat, daß wirklich sofort nach Beendigung der Frostperiode mit den Arbeiten eingesetzt werden kann. Ich bin zwar nicht so optimistisch wie ein Kollege, der gesagt hat, daß, wenn nur einmal die Kälte vorbei ist, es möglich sein wird, mit den bereitgestellten Millionen alle Arbeiter, bis auf einige wenige, auf Arbeitsplätzen unterzubringen. Das ist natürlich nicht möglich. Wir wissen — eine Umfrage bei den Baumeistern ergibt dies —, daß die Aufträge in der Bauwirtschaft für das heurige Jahr äußerst gering sind. Wir wissen, daß sehr wenige Aufträge wirklich realisiert sind. Es gibt wohl viele Projekte, sie sind in Hülle und Fülle vorhanden, aber wirkliche Aufträge sind nur mit wenigen Baufirmen abgeschlossen worden. Wenn wir nun den Februar auch noch verstreichen lassen, dann kommen wir in den Mai hinein, bis die Bauarbeiten beginnen können.

Außer im Baugewerbe und im Bauneben-gewerbe gibt es auch in der übrigen Industrie ganz beträchtliche Arbeitslosenzahlen. Wenn der Bezirk Schwechat, wie uns gesagt worden ist, vielleicht günstiger steht, so mag das zum Teil zutreffen, ich zweifle die hier genannten Zahlen nicht an, aber wir haben doch für Niederösterreich zu sorgen, und in ganz Niederösterreich haben wir weit mehr als 50.000 Arbeitslose, die gar keine Aussicht haben, daß sie in der nächsten Zeit wieder in Arbeit kommen. Es ist nichts damit getan, wenn Sie sagen, die Anzahl der Beschäftigten ist um einige Tausende gestiegen. Eine Wirtschaft, die nicht fähig ist, der heranwachsenden Jugend einen Arbeitsposten zu geben, ist überhaupt nicht wert, daß sie besteht. (*Beifall bei der SPÖ.*) Wir müssen nicht immer jammern, daß die Geburtenziffer absinkt, sondern wir müssen dafür sorgen, daß für die kommende Jugend und für die Jugend von heute Arbeitsplätze geschaffen werden, aber Arbeitsplätze nicht nur für ein paar Monate vom Mai bis Oktober, sondern für das ganze Jahr, damit sich nicht die Jugend während der anderen sechs Monate im Stadium der Unterstützung befindet. Ich kann dem Herrn Abg. Hilgarth

auf keinen Fall zustimmen, wenn er sagt, früher wäre die Arbeitslosenunterstützung so quasi eine Fürsorgeeinrichtung gewesen. Glauben Sie, daß die heutigen Sätze der Arbeitslosenunterstützung ausreichen, daß die Menschen ein halbes Jahr oder länger davon leben können? Die Löhne der österreichischen Arbeiter sind an und für sich schon so niedrig, daß sie kaum ausreichen, um die notwendigsten Bedürfnisse für eine Familie zu decken. Wenn man dann nur die Hälfte dieses Lohnes hat — und so hoch ist ungefähr der Arbeitslosenunterstützungssatz —, dann ist es begreiflich und verständlich, daß diese Menschen in eine Notlage kommen, weil ihre Konsumkraft wesentlich absinkt. Ich bitte also, mit diesen Dingen nicht so zu operieren, wie sie es eben getan haben. (*Abg. Hilgarth: Ich habe gesagt, daß die Arbeitslosenunterstützung jetzt versicherungstechnisch aufgebaut ist, von der Höhe habe ich aber nicht gesprochen.*) Darauf kommt es aber an. (*Abg. Hilgarth: Aber auch auf den Personenkreis, der heute viel größer ist.*) Die Höhe der Unterstützung ist aber entscheidend für den Arbeitslosen.

Wenn man nun darangeht und sagt, in Niederösterreich sei ohnehin vieles geschehen, nur wir Sozialisten hätten nichts getan, so möchte ich darauf hinweisen, daß wir bei den letzten Budgetverhandlungen auf diese Dinge aufmerksam gemacht und eine Reihe von Anträgen gestellt haben, die nach unserer Überzeugung ohne weiteres hätten realisiert werden können. Das hätte mehr Arbeit bedeutet, Sie haben aber ganz unernst alle unsere Anträge abgelehnt. Daher können Sie doch nicht sagen, daß wir Sozialisten dagegen sind, daß Mittel bereitgestellt werden! Denn das Bereitstellen der Mittel in diesem Lande ergibt sich durch die Einnahmen, die dieses Land aus der Steuerwirtschaft hat, die wir in Österreich haben. Der Rahmen dieser Einnahmen ist bekannt, in diesem Rahmen haben wir uns zu bewegen und darüber können wir nicht hinaus. Und wir sind der Überzeugung, daß die finanzielle Auswirkung unserer Anträge, die durchweg arbeitschaffend gewesen sind, im Budget noch zu ertragen gewesen wären.

Wir fordern neuerlich, daß ein Nachtragsbudget erstellt wird, damit noch zusätzliche Mittel in Arbeit und Verdienst gebracht werden können. Der Voranschlag 1954 hat sicherlich Einnahmenreserven. Diese Reserven darf man in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit nicht zurückhalten, sie müssen eingesetzt werden. Es ist daher unserer Meinung nach eine unbedingte Notwendigkeit, daß nicht nur die Arbeiten im Rahmen der bereits bewilligten Mittel sofort vergeben werden, weil schon das

Vergeben weitere Entlassungen verhindert und anregt, eventuell Neuaufnahmen von Arbeitern vorzubereiten, sondern daß über den Rahmen des Budgets hinaus die Finanzkraft des Landes zur Gänze zur Belebung des Arbeitsmarktes ausgenützt wird.

Ob die niederösterreichische Wirtschaft im allgemeinen in der Lage sein wird, sich in den kommenden schweren Jahren zu behaupten, das werden wir erst sehen. Wir wissen, daß durch die Einschränkung der Rüstungen viele Arbeitsplätze in Europa schon fraglich geworden sind. Darüber kommen wir nicht hinweg, obwohl wir durchaus nicht der Rüstung und der Aufrüstung das Wort sprechen. Aber wir müssen dafür sorgen, daß die Arbeitsplätze wieder geschaffen werden, die durch die Einstellung der Rüstungsindustrie verlorengegangen sind. Das sind große, ernste und schwierige volkswirtschaftliche Aufgaben, die nicht von heute auf morgen gelöst werden können.

Wir wollen also in diesem Haus von Niederösterreich sprechen und die niederösterreichischen Möglichkeiten verstehen, um sie auch einsetzen zu können. Wenn diese Möglichkeiten dann noch durch den Bund, durch das Ausland und durch die Privatinitiative gefördert werden, dann hoffen wir, daß wir diese katastrophale Massenarbeitslosigkeit doch werden abbauen können.

300.000 Arbeitslose in diesem Land sind schon ein Signal, das man nicht übersehen darf. Ich stimme der Ansicht zu, daß man die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit natürlich nur in ernster, sachlicher Form und unter Erwägung aller wirtschaftlichen Möglichkeiten durchführen kann. Wir sind bereit, dabei sachliche Mitarbeit zu leisten. Aber wir bitten Sie, sich nicht einzubilden, daß Sie damit, wie Sie die Dinge heute hier dargestellt haben, der Arbeitslosigkeit in Niederösterreich auch nur den leisesten Schlag versetzt haben. Sie, die Herren von der Volkspartei, haben vielmehr damit nur den Beweis erbracht, daß Sie auch diese Frage dazu benützen wollen, um gegen die verhaßte Sozialistische Partei in irgendeiner Form vorzugehen. Hassen Sie uns und hetzen Sie gegen uns, aber seien Sie überzeugt, die Arbeiterschaft versteht uns. Wir werden dieser Arbeiterschaft die volle Wahrheit sagen, und wir sind überzeugt, daß sie unsere Sprache verstehen wird. (*Starker Beifall bei den Sozialisten.*)

PRÄSIDENT SASSMANN: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abg. H i r m a n n das Wort.

Abg. Ing. HIRMANN: Hoher Landtag! Es hat fast den Eindruck erweckt, als ob der Herr Präsident Wondrak zum Boden der Tatsachen zurückgefunden hätte, und es war wirklich erfreulich, daß er die Dinge so genannt hat, wie sie tatsächlich liegen. Ich bedaure aber nur, daß er zum Schluß abschließend vom Haß gesprochen hat. Denn uns liegt wahrlich nichts ferner, als Haß zu säen, denn wir wissen, wer Haß sät, kann nur dasselbe wieder ernten.

Der Herr Präsident hat auch gesagt, es war nicht zweckmäßig, daß über den Rahmen des Landes Niederösterreich hinaus hier über Dinge gesprochen wurde, auf die wir keinen Einfluß haben. Es wäre sicherlich nicht zweckmäßig gewesen, wenn Sie (*zur Seite der Sozialisten gewendet*) nicht in den letzten Wochen in allen Ihren Ausführungen, schriftlich und mündlich, ein Schlagwort gebracht hätten: Schuld an der Arbeitslosigkeit ist einzig und allein die ÖVP, schuld an der Arbeitslosigkeit ist der Landeshauptmann von Niederösterreich und der Finanzreferent von Niederösterreich, schuld sind die ÖVP-Landesräte. Ich bedaure dies nicht deswegen, weil Sie es gebracht haben — es ist ja an sich leicht zu widerlegen —, sondern weil damit von größeren, wichtigeren Aufgaben abgelenkt werden konnte. Denn wir dürfen doch nicht vergessen, daß es kaum einen Staat, der sich seiner sozialen Verantwortung bewußt ist, gibt, der sich mit diesem Problem nicht beschäftigen müßte, und daß jeder dieser Staaten als ein wirksames Mittel zur Steuerung dieser wechselnden Konjunktur die Arbeitslosenversicherung eingeführt hat. Das war ja auch der Grund, warum seit Jahren in Österreich dem Problem der Arbeitslosenversicherung von allen Parteien und von allen, die dafür verantwortlich sind, die größte Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Ich stehe nicht an zu sagen — das ist meine persönliche Ansicht und auch die meiner Partei —, daß der Staat die Aufgabe und die Pflicht hat, allen jenen, die unverschuldet arbeitslos sind, so viel Mittel zu geben, damit sie ihren Lebensunterhalt hinreichend sichern können. Wenn dies heute in Österreich und in anderen Staaten noch nicht zur Gänze möglich ist, ist das nicht am fehlenden guten Willen, sondern an den harten wirtschaftlichen Tatsachen gelegen. Die Einführung der Arbeitslosenversicherung ist ja hauptsächlich aus zwei Gründen überall notwendig geworden: erstens einmal durch das Auftreten von saisonbedingter, das heißt, witterungsbedingter Arbeitslosigkeit — das ist bei den großen Gruppen Baugewerbe und Landwirtschaft der Fall —, zweitens durch die konjunktur-

bedingte Arbeitslosigkeit. Und hier ist es natürlich Aufgabe der dafür Verantwortlichen, vorausschauend zu planen, welche Industriezweige in der nächsten Zeit rückgängig sein werden und welche wieder Aussicht haben, mehr Leute beschäftigen zu können. Und hier muß ich schon feststellen, daß diese Aufgabe nicht allein im Rahmen der niederösterreichischen Landesregierung gelöst werden kann, sondern daß sie weit darüber hinaus in erster Linie jenem Ministerium zufällt, das das größte Wirtschaftspotential der staatlichen Betriebe zu leiten hat. Wir wissen schon, daß auch die verstaatlichten Betriebe von der Weltkonjunktur nicht unbeeinflusst bleiben, aber es mag doch so sein, daß man manches hätte vorausschauen können, und daß man manche Planung und manche Aufgaben anders hätte lenken können. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Es ist heute hier erwähnt worden, und auch der Herr Präsident Wondrak hat es zum Schluß zugegeben, daß niemand jemandem zumuten wird, bei zehn bis zwölf Grad Kälte im Freien zu arbeiten. Das trifft in erster Linie beim Baugewerbe zu. Es ist aber hier kritisiert worden, daß manche Bauarbeiten schon im Oktober und November eingestellt wurden, als das Thermometer noch lange nicht unter zehn Grad gesunken war. Ich glaube, keiner von uns steht dem Bauwesen so fremd gegenüber, daß er nicht weiß, daß sehr wichtige Arbeiten Wochen vor Eintritt des Frostes eingestellt werden müssen, wenn sie nicht zwecklos, wenn sie nicht ohne den nötigen Wert sein sollen. Jede Betonierungsarbeit muß drei bis vier Wochen vor Beginn des strengen Frostes eingestellt werden, wenn nicht der Beton wieder zerreißen soll. Das sei nur nebenbei erwähnt. Ich darf in diesem Zusammenhang auf die Ausführungen des Herrn Präsidenten Böhm, die er vor gar nicht langer Zeit vor den Vertretern der Bauarbeiter gemacht hat, hinweisen. Er hat eindeutig nachgewiesen, daß das Baugewerbe über die normale Zahl hinaus Leute aufgenommen und beschäftigt hat, und daß es ein wichtiges Problem der nächsten Zeit sein wird, diesen hohen Stand der in der Bauindustrie Beschäftigten wieder auf den normalen Stand zurückzuführen. Ich weise deshalb besonders darauf hin, weil diese Leute, die zusätzlich in der Bauindustrie Unterkunft fanden, aus der Landwirtschaft kamen. Wir haben, als diese Abwanderung einsetzte, mit ernster Sorge auf diese Tatsache hingewiesen; sie wurde nicht ernst genommen, man brauchte damals Bauarbeiter, und gerade solche waren willkommen, die aus der Landwirtschaft kamen, weil sie die Hilfsarbeiter

stellten, während jene, die aus der Stadt kamen, die gelernten oder besser bezahlten Arbeiter stellten. Ich muß heute hierzu nur feststellen, daß es ein Zurück dieser Arbeiter in die Landwirtschaft nicht mehr gibt, denn die Arbeitsplätze, die sie seinerzeit dort eingenommen haben, sind heute mit Maschinen ausgefüllt; die Landwirtschaft mußte sich eben dieser Tatsache anpassen, und sie hat es auch getan.

Es ist heute auch darauf hingewiesen worden, daß sich die bäuerliche Wirtschaft sehr energisch gegen die Liberalisierung wehrt. Die Liberalisierung — wir wissen es, es ist ja auch hier gesagt worden — stellt uns vor sehr ernste Tatsachen und Probleme. Ich darf aber hier sagen, die Landwirtschaft weiß, daß die Liberalisierung nicht aufzuhalten ist, doch ist die Landwirtschaft gegen eine überstürzte Liberalisierung, und zwar vor allem deswegen — das ist übrigens heute hier schon gesagt worden —, weil der Index der landwirtschaftlichen Produkte etwas über 6 ist, während der Index der industriellen Produkte über 10 liegt. Eine Verminderung dieser Spanne, ist, wie mir scheint, eine wichtige Aufgabe, wenn die Landwirtschaft, ohne Gefährdung von vielen tausenden Existenzen kleiner und mittlerer Bauern, diese Liberalisierung bestehen soll. Ich darf aber auch darauf hinweisen, daß gerade bei den Auseinandersetzungen über die Liberalisierung von Lebensmitteln allerorten gerade von seiten der Vertreter der Konsumenten immer wieder als der Idealfall die ganz billigen Lebensmittel hingestellt werden. Das stimmt nicht ganz, denn wenn immer gefordert wird, die Lebensmittel müssen noch billiger werden, man dürfe den Überschuß nicht exportieren, um nur hier die Preise zu drücken, dann muß ich sagen: Wenn es nicht gelingt, die Kaufkraft der Landwirtschaft zu erhalten, dann wird sich die Auswirkung der Liberalisierung auf die österreichische Industrie und damit auf die österreichische Arbeiterschaft sehr schmerzlich bemerkbar machen. Ich kann darauf hinweisen, daß gerade die Steyrerwerke in der letzten Zeit sehr deutlich darüber geklagt haben, daß eine große Anzahl von Traktoren unverkäuflich ist. Steyr steht, weil die Landwirtschaft nicht kauft! Ich glaube, die Landwirtschaft kann wieder kaufen, wenn die Preise der Maschinen im richtigen Verhältnis zu den Preisen der landwirtschaftlichen Produkte stehen werden, die die Landwirtschaft selbst abzusetzen und zu verkaufen hat.

Es ist heute auch gesagt worden, daß die Verlagerung von Betrieben nach dem Westen für Niederösterreich sehr bedauerlich ist.

Auch das ist vollkommen richtig. Darf ich aber darauf hinweisen, daß neben anderen Gründen es der Zug zum billigen Strom war, der die Betriebe veranlaßt hat, nach dem Westen, wo die großen Kraftwerke errichtet werden, zu ziehen. Schon aus diesem Grunde glaube ich, daß es für das ganze Land von besonderer Bedeutung sein wird, wenn zu dem Ausbau des Kamptalkraftwerkes, das in vollem Gange ist, auch das des Donaustromes endlich einmal kommt, damit auch Niederösterreich, seine Industrie und Landwirtschaft Strom zu einem billigen Preis bekommen.

Ich nehme es gerne zur Kenntnis, wie Präsident Wondrak erklärt hat, daß die Ausführungen der „Arbeiter-Zeitung“ nicht so gemeint waren, daß das 60-Millionen-Programm des Herrn Landeshauptmannes auf 16 Millionen reduziert worden ist. Tatsächlich wurde ja in der Landtagssitzung am 12. November dieses Bauprogramm beschlossen, und es wurde der Verbauungsplan eindeutig jedem Mitglied des Landtages gegeben. Wenn ich darauf zu sprechen komme, so geschieht es auch deswegen, weil — ich glaube der Herr Abg. Staffa war es — in dieser Sitzung höhnisch bemerkt wurde, wo wird der Herr Finanzreferent das Geld hernehmen, besonders das Geld, das er vom Bund bekommen will. Nun können wir mit besonderer Genugtuung feststellen, daß die 10 Millionen Schilling, die der Bund für das Jahr 1954 zugesagt hat, bereits in den Kassen des Landes liegen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Diese Sorge war also unberechtigt. Wenn bezweifelt würde, daß nach Eintritt der wärmeren Witterung und nach der Inangriffnahme aller Bauvorhaben des Landes eine wesentliche Besserung der Lage

am Arbeitsmarkt eintreten wird, so glaube ich, sind diese Zweifel nicht berechtigt. Ich bin überzeugt, daß, wenn alle diese Arbeiten in Gang kommen — die Mittel dazu stehen bereit —, sehr rasch eine wesentliche Besserung der Arbeitslosigkeit eintreten wird. Wenn draußen eine mildere Luft herrscht, dann werden wir auch hier, falls es notwendig ist, über weitere Arbeiten des Landes zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit sprechen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Die Debatte ist abgeschlossen.

Ich bringe nochmals den Antrag des Herrn Abg. Hilgarth zur Verlesung. *(Nach Verlesung des Antrages des Abg. Hilgarth, betreffend Kenntnisnahme der Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Endl, Hainisch, Hirnmann, Hilgarth, Ernecker, Etlinger und Genossen durch den Herrn Landeshauptmann):* Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung):* Ich konstatiere, der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Der Herr Obmann des Verfassungsausschusses hat ersucht, es mögen sich die Mitglieder des Verfassungsausschusses nach dieser Plenarsitzung zur Nominierung der Berichterstatter in den Herrensaal begeben.

Somit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege bekanntgegeben.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 19 Uhr 17 Min.)